

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Eine Interpellation über die Zuchthausvorlage.

(Privat-Telegramm des „Vorwärts“.)

München, 24. Oktober.

Bei der heutigen Besprechung der Interpellation über die Zuchthausvorlage in der Abgeordnetenversammlung sind die Minister Crailsheim, Feilich, Leonrod anwesend. Das Haus ist ziemlich schwach besetzt.

Das Wort nimmt zunächst

Abg. Schaedler (C.):

Was ist in Bayern geschehen? Eine impulsive Zischrede kann nicht Anlaß zu einem solchen Gesetzentwurf sein. Zur Zustimmung war anderes Material nötig als die zerzauste Denkschrift. Was Minister Feilich an Material angeführt hat, das wird alles durch die bestehende Gesetzgebung längst getroffen. Minister Leonrod erklärte, der § 8 treffe nur für seltenste Fälle zu. Für solche braucht man aber keine neuen Gesetze. Unsere Freunde **Lieber und Richter haben im Reichstag ihren durchaus ablehnenden Standpunkt festgestellt. Von diesem Standpunkt keine Linie abzuweichen, dazu haben wir alle Veranlassung. Die Vorlage ist die größte Bedrohung, die größte Gefährdung für die Koalitionsrechte. Wir bedauern den Stillstand der Socialpolitik, die Nichtausführung der Februar-Erlasse. Der Vor ist zum Gärtner gesetzt worden. Für den Entwurf sind die Großunternehmer, deren Presse gegen jede Arbeiterbewegung kämpft. Die Vorlage ist ganz unnötig. Was für exorbitante Urteile würden bei der Auslegung preussischer und sächsischer Gerichte zu stande kommen! Socialdemokratische wie katholische, alle Arbeiter stehen zusammen gegen den Entwurf. Freilich haben sich die Socialdemokraten des größten Terrorismus gegen andere Arbeiter schuldig gemacht. Das Gewissen drückt die Socialdemokraten, daß sie etwa den Entwurf verschuldet. Die Arbeiter aber, gegen die der Terrorismus gerichtet ist, wollen keinen Schutz durch diese Vorlage, die das Mißtrauen der Arbeiter ansacht und sie willenlos macht. Wir müssen dem Mißtrauen entgegen treten. Im Interesse der Verteidigung des Vaterlandes sind wir für die Ablehnung. Wem mißt der Entwurf? Nur der Socialdemokratie. Deshalb herrscht auf der äußersten Linken große Freude. Auf der Dummheit der Gegner wächst der beste Reiz der Socialdemokratie. Ich glaube nicht an die Mauerung der Socialdemokratie. Auch bei Vollmar ist's trotz blauerlicher Färbung dieselbe Nummer. In Hannover wäre es aber ohne die Zuchthausvorlage anders ausgefallen. Auch hier hat das Ausnahmengesetz eine andere als die erwartete Wirkung gehabt. Geistige Bewegungen wie die socialdemokratische mit dem Polizeispieß und dem Stöcken auf die Bajonette zu belämpfen, ist vergeblich. Wir wollen keine Kautschuk-, keine Gelegenheitsgesetzgebung. Wir wollen volle Koalitionsfreiheit. Stellen sich dann Mißstände ein, so sind wir zu haben.**

Abg. Casselmann (liberal): Die bayerischen Liberalen sind einstimmig der Meinung, daß an dem Koalitionsrecht in keiner Weise gerüttelt werden darf. Wir würden es für einen Frevel halten, das Koalitionsrecht zu beschneiden. Aber (Zwischenruf) es handelt sich nicht um ein Recht, wie es sich die Socialdemokratie denkt. Ich verleihe darunter nicht nur die Freiheit, sich einer Koalition anzuschließen, sondern auch die, sich nicht anzuschließen und zurückzutreten. Ich stehe auf dem Standpunkt des Regierungsvorsetzers im Reichstage, daß die Socialdemokratie den Koalitionszwang fordere. Die Arbeitswilligen sind zu schützen. Der Terrorismus der Socialdemokratie ist nicht zu bestreiten. Die Agitation gegen das Gesetz ist übertrieben. Wohl könnte eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit durch den Gesetzentwurf eintreten, aber nicht eine Vernichtung. Redner preist die Leistungen der Unternehmer und des Staates für die Arbeiter. Die Mehrheit meiner Freunde hält die Vorlage für unnötig und einen politischen Fehler. Ich bedauere die Angriffe auf Casselmann. Wir stehen zu Casselmann, insofern seine Reichstagsrede in Betracht kommt. Nicht einverstanden sind wir dagegen mit seinen späteren Reden. In Hohenheim hat er bedenklich über's Ziel geschossen. Die bestehenden Vorschriften genügen, um Arbeitswillige ausreichend zu schützen, unter der Voraussetzung, daß die Staatsorgane überall rechtzeitig ihre Pflicht thun und die Polizei nicht schlapp vorgeht. Der § 4 (Streikposten), der wichtigste, ist nicht anzunehmen. Die Gesetzesvorlage ist überhaupt höchst einseitig und bietet eine Kot der Socialdemokratie ein sehr scharfes Agitationsmittel. Als Ausnahmengesetz hat es alle Arbeiter, auch viele Millionen nichtsocialdemokratischer Arbeiter vor den Kopf gestoßen. Alle bayerischen Parteien halten bei aller Verschiedenheit der Begründung den Entwurf für unnötig und einen Fehler. Dies soll die Regierung dem Bundesrat erklären. Wollen wir die Arbeiter zu Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe zurückführen, so müssen die Arbeiter wissen, daß die bürgerlichen Parteien und der Staat zu den Arbeitern stehen. Das wird durch diesen Gesetzentwurf unmöglich.

Abg. Segitz (Soc.)

Konstatiert, daß die Staatsregierung im Widerspruch zum ganzen Lande abgestimmt habe und deshalb ihre Abstimmung zurückziehen müsse. Heute bedeutet schon der § 153 ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiter. Wenn Herr Feilich überhaupt berechnete Streiks zugeht, dann giebt er die Vorlage auf, dann muß er das Streikpostenwesen unbeschränkt lassen. Der Redner citiert bürgerliche Autoren für die Notwendigkeit des Postenstehens und verliest das Urteil des Reichsgerichtes über das Postenstehen. Das Justizministerium hat keine bedingte Verzichtnahme für Streikpostenstehen, wohl aber für Diebe. Warum bedroht man nicht mit dem Zuchthaus-Paragrafen Pulverringe oder Bankers, die Geld für einen Krieg verweigern? Arbeiter und Unternehmer werden ganz verschieden behandelt. Katholische und socialdemokratische Arbeiter halten gegen die Vorlage zusammen, immer einig in gewerkschaftlichen Feinden. Ein Zerbruch der Unternehmer war die Veranlassung zum Augsburger Maurerstreik; die Polizei ist hier verbittern vorgegangen. Die Denkschrift enthält maßlose Verallgemeinerungen aus Augsburger Anlagenschriften und Zeitungsartikeln. Sie birgt Beleidigungen gegen die Arbeiterführer, deren Wahrheitsliebe und Objektivität hoch über der Denkschrift steht. Sie wimmelt von Uebertreibungen und enthält keine Silbe von dem Terrorismus der Unternehmer. Redner legt schwarze Listen vor, illustriert den Terrorismus der Handwerkervereine, die Verhinderung von Material-

lieferung an Outsiders. Die Unternehmerorganisationen säen mehr Unfrieden als wir. Die Arbeiterorganisationen erstreben die Vermeidung von Streiks. Der Gesetzentwurf ist eine Revolution von oben. Sie reden von einem inneren Feind. Wenn der Entwurf Gesetz wird, haben Sie den Feind im Innern. Darum müssen alle Parteien gegen die Zuchthausvorlage sein.

Justizminister Leonrod:

Drohen und Postenstehen ist ein strafbarer Terrorismus. Die Gefahr des § 8 wird übertrieben. Der Redner verwarft sich gegen die Angriffe der Presse und gegen den Zwischenruf „Harmloser!“

Minister des Innern Feilich

versichert die Arbeiterfreundlichkeit der Regierung. Die Polizei greift bei Streiks nur ungern und gezwungen ein. Der Minister citiert bisher straflose Schimpfworte. Die Staatsanwälte behaupten die stärkere Teilnahme organisierter als unorganisierter Arbeiter an Ausschreitungen, der Terrorismus der Arbeiter ist größer als der der Unternehmer. Berechnete Streiks werden auch nach dem Zuchthaus-Gesetz siegreich sein. Den Unternehmer-Nebermut mißbilligt auch er, der Entwurf schränkt die Koalitionsfreiheit nicht ein. Die Strafbestimmungen sind nur einigermaßen verhängnisvoll. Das Material der Staatsanwälte ist überzeugend. Die Rücksicht auf das Staatswohl hat unsere Zustimmung erzwungen. Den inneren Feind werden wir bewältigen. Die Mehrheit der Arbeiter ist nicht socialdemokratisch und unorganisiert. Die Einheit der Socialdemokratie in Hannover war nicht groß.

Präsident Orterer

bittet um einen milderen Ton in der Debatte.

Abg. Woerle-Augsburg,

ein hiesiger Lehrer, erklärt, die Arbeiterinteressen seien durch die Vorlage schwer gefährdet, und konstatiert, daß alle Parteien des Hauses für die Freiheit des Postenstehens seien. Vorkommende Ausschreitungen könnten ausreichend nach geltendem Rechte bestraft werden. Die Augsburger Ständele wurden nicht von Arbeitern, sondern von jungen Burtschen insceniert. Gerade die Streikenden haben zur Ruhe gemacht. Die Unternehmer haben ihr Wort gebrochen. Redner empfiehlt der Regierung, im Bundesrat den Verfassungskomitee zuzustimmen.

Abg. Schirmer (C.),

ein Schlossermeister, schildert die Unmöglichkeit, die Lage der Arbeiter nach der Zuchthausvorlage zu verbessern. Er erwähnt persönliche Erfahrungen über das Postenstehen, über die Behandlung der Arbeiter unter dem Socialistengesetz. Der Unternehmer-Terrorismus gegen fromme Arbeitervereine wird durch die Arbeiterorganisationen erschwert. Die Schmutzkonkurrenz der Unternehmer, die Baumfälle werden durch die Arbeiterorganisationen erschwert. Redner schildert die Gefahren des § 8. Man müsse das größte Mißtrauen gegen die preussische und auch die bayerische Regierung haben. Er empfiehlt das Zusammengehen katholischer und socialdemokratischer Gewerkschaften wie in der Schweiz. Die Mehrheit des Volkes und des Parlaments ist gegen die Vorlage.

Abg. Brach,

liberaler Augsburger Fabrikant, tadelt leise die Augsburger Meister und bedauert die Gleichgültigkeit der Polizei gegen das Postenstehen. Wenn die Würde der Behörden nicht so groß, so würde das bestehende Gesetz ausreichend sein.

Abg. Aub (liberal)

polemisiert nebenlässlich gegen Segitz. Abg. Fischer, der Augsburger Bürgermeister, gesteht verblümt den Zerbruch der Augsburger Meister ein. Abg. Casselmann, von Würde angegriffen, beteuert seine Freimüdigkeit. Der Minister des Innern lobt die Augsburger Behörden.

In persönlicher Bemerkung spricht Segitz gegen Aub. Damit ist der Gegenstand erledigt. Die Sitzung wird geschlossen.

Die bayerischen Debatten über die Zuchthausvorlage stellen ein Vorpostengefecht gegen die Zuchthausvorlage dar, und sie bilden ein nicht unerfreuliches Stimmungszeichen für den bevorstehenden großen Kampf im Reichstag.

Es hat sich wiederum gezeigt, daß auch die bürgerlichen Parteien, unter der Wucht der Proteste der gesamten Arbeiterschaft es nicht wagen, sich zu dem Gesetz zu bekennen. Wie bei der ersten Lesung im Reichstag, so war auch in der bayerischen Kammer das Ergebnis der Debatte eine klägliche Niederlage der Regierung. Die Herren Feilich und Leonrod schnitten nicht besser ab als die Posadowsky und Nieberding. Auch die bayerischen Minister ruhten nichts anderes vorzubringen, als schreckliche Märchen von dem Arbeiter-Terrorismus, als die harmlose Versicherung, man denke nicht daran, die Koalitionsfreiheit einzuschränken, nur den Koalitionszwang wolle man beseitigen.

Die Herbst-Kampagne gegen die Zuchthausvorlage hat durch die bayerischen Verhandlungen einen verheißungsvollen Anfang genommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Oktober.

Ausländer als behördlich gezwungene Lohnträger.

Etwas verspätet, aber nicht zu spät für die einschlägigen Verhandlungen im Reichstag kommt uns aus Gronau an der hannoversch-holländischen Grenze die Nachricht zu — wir empfehlen sie dem Grafen Posadowsky zum Studium —, daß im Juni dieses Jahres die Arbeiter der Baumwollspinnerei Gilmers die Arbeit einstellten, hauptsächlich deshalb, weil sie verlangten, daß ihnen bei Uebergabe der Arbeit das Gewicht des empfangenen Garns und der Preis für das zu liefernde Quantum Ware in ein Buch eingeschrieben werde, damit sie möglichst gegen Uebervorteilung bei Ablieferung der Ware geschützt seien. In jener Fabrik arbeiten aber viele holländische Arbeiter, die ebenfalls die Arbeit einstellten. Sofort nahm sich der Bürgermeister von Gronau der armen

Fabrikanten an und erließ als Vertreter des Staats für Ordnung und Moral folgende

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß diejenigen Arbeiter der Baumwollspinnerei Gilmers, welche in den Ausstand getreten sind, also kontraktbrüchig geworden sind (?), Deutschland bezw. Preußen nicht mehr betreten dürfen, wenn nicht heute mittag 1 1/2 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen wird. Sie werden alsdann als lästige Ausländer des Landes dauernd verwiesen und ihre Namen durch die amtlichen Publikationsorgane veröffentlicht.

Sollten die Arbeiter begründete Beschwerden haben, so bin ich bereit, solche entgegenzunehmen und für Abhilfe zu sorgen. Gronau, den 29. Juni 1899.

Die Polizeiverwaltung.

(Name unleserlich.)

Bürgermeister.

Diese Bekanntmachung zeigt, in welcher Zwangslage die in den letzten Jahren massenhaft nach Deutschland importierten ausländischen Arbeiter sich befinden, sobald sie in eine Arbeitseinstellung eintreten. Das Damoklesschwert der Ausweisung hängt über ihnen. Im vorliegenden Fall wird sogar in einer bis jetzt noch nicht bekannt gewordenen Ungeniertheit durch ein staatliches Organ den streikenden Arbeitern mit der Ausweisung aus Preußen gedroht, wenn sie zu einer bestimmten Stunde nicht die Arbeit ohne Widerrede aufnehmen. Der Beamte des Staates betrachtet sich also als Vollzugsorgan der Wünsche der Unternehmer, d. h. der Bürgermeister von Gronau sieht den Staat als Klassenstaat an, der im Interesse der Unternehmer zu wirken als seine wichtigste Aufgabe betrachtet. Klassischer kann in der That der Klassencharakter des Staates nicht zu Tage treten. Daß der Bürgermeister von Gronau für Abhilfe der Beschwerden der Arbeiter sorgen will, wenn er diese Beschwerden als berechtigt anerkennt, ist wohl nichts als eine Floskel, die die Rücksichtslosigkeit seiner Handlungsweise bemänteln sollte. In der That ist auch ein holländischer Arbeiter der Drohung entsprechend ausgewiesen worden, was genügt, um die andern zur Unterwerfung zu zwingen. Graf Posadowsky wird wohl bereit sein, über die Vorgänge in Gronau im Reichstage Rede und Antwort zu stehen. —

Die Novelle zu den Münzgesetzen

bringt die Bimetallisten wieder einmal auf die Beine. In der Reichsbank scheint das Bestreben zu bestehen, mit der Durchführung der vollen und reinen Goldwährung Ernst zu machen. Bisher hatten wir noch immer die hinkende Währung, d. h. in gewissen Grenzen war auch Silber neben Gold gesetzliches Zahlungsmittel. Das kam daher, daß der Bundesrat im Mai 1879 im Hinblick auf den gewaltigen Preisfall des Silbers den Verlust der Thalerbestände plötzlich stillstellte. Damals blieben etwa 400 Mill. Thaler unverkauft und diese gaben bisher unserer Goldwährung den Charakter einer sinkenden Währung.

Der Goldverkehr und die Stabilität der deutschen Währung hat unter diesem Zustand bis jetzt nicht gelitten. Wohl aber mag die Reichsbank aus den starken Ansprüchen, die im Laufe der letzten Jahre an sie gestellt wurden, Veranlassung genommen haben, zu erwägen, ob es nicht vorteilhafter wäre, ihren Goldbestand unter Abstoßung der alten Silberthaler zu stärken. Durch Silberverläufe am offenen Markte war dies nicht zu erreichen, es blieb nur der Weg übrig, den die Reichsbank auch schon früher und zwar 1876 und 1880 vorge schlagen hat, der aber bisher von der Regierung nicht gut geheßen wurde. Der neueste Versuch dürfte nunmehr im Hinblick auf die gegenwärtigen Geldmarktsverhältnisse mehr Aussicht auf Erfolg haben.

Die Frage, die zu lösen war, lautet: Wie soll nun einerseits der Bestand an Silbervermögen verringert, andererseits gleichzeitig der deutsche Geldbestand in seinem Werte nicht vermindert werden? Es soll dadurch geschehen, daß man die Silber-Scheidemünzen beträchtlich vermehrt. Nach Artikel IV des Gesetzes vom 9. Juli 1873 werden „bis auf weiteres“ zehn Mark Silber-Scheidemünzen auf den Kopf der Bevölkerung ausgeprägt. Die Bestimmungen „bis auf weiteres“ deutet an, daß die damalige Regelung keine endgültige war. Es hat sich nun im Laufe der Zeit herausgestellt, daß der Betrag von 10 M. Scheidemünze etwas niedrig gegriffen war und die Novelle schlägt daher vor, es sollen pro Kopf 4 M. mehr ausgeprägt werden. Ob diese Summe nicht zu hoch gegriffen ist, darüber werden selbst unter den Freunden der Novelle Meinungsverschiedenheiten entstehen. Zunächst wollen wir aber mit den in der Vorlage eingekleideten 4 M. rechnen. Wenn pro Kopf 4 M. mehr geprägt werden sollen, so ergibt das insgesamt bei einer Bevölkerung von rund 82 Millionen Seelen 208 Millionen Mark. Das Silber dieser neuen Scheidemünze soll dem alten Thalerbestande entnommen werden. Da nun die Scheidemünze zu einem geringeren Silbergehalt ausgeprägt werden muß als dem Nennwert entspricht, so ergibt sich, daß, wenn ein alter Thaler Courant in drei einzelne Markstücke umgeprägt wird, ein Stückchen Silber als Ueberschuß zurückbleibt, was einen direkten Gewinn für den Umprägten darstellt. Dafür wird dann allerdings der Gesamtbestand der umlaufenden Scheidemünzen in seinem wirklichen Werte herabgedrückt. Um diesen Schaden auszugleichen, soll die Reichsbank den bei der Umprägung der alten Thaler entstehenden Gewinn benutzen, dafür Gold anlaufen und ihren Metallbestand mehren. Das geschieht nach Ansicht der Vorlage dadurch, daß alte Silbermünzen eingezogen, Gold dafür gekauft und die dabei entstehenden Verluste durch den oben nachgewiesenen Gewinn ausgeglichen werden soll.

Durch die in der Vorlage in Aussicht gebrachte Manipulation wird also ohne Schaden für unsere Währung auf eine Verminderung des Silbercourantgeldes hingewirkt. Wir haben zur Zeit noch einen Thalerbestand von rund 302 Millionen Mark, wovon am 30. September 1898 162 Millionen Mark in der Reichsbank lagen, die übrigen 200 Mill. im Verkehr umliefen. Ein beträchtlicher Teil dieses Bestandes wird in verhältnismäßig wenig Jahren verschunden sein, wenn die Novelle zum Münzgesetz angenommen wird. Das Hinten unserer Währung wird durch sie rascher, als es sonst der Fall gewesen wäre, be-

... Die Vintetallisten mühten eigentlich mit der Vorlage durchzusetzen; inwieweit sie das haben immer auf die große Gefahr dieser Vorkämpfer in Zeiten einer Krise hingewiesen. Ein kleiner Teil der besonnenen Vintetallisten scheint dies auch zu erkennen und meint, daß die Novelle eine Forderung, die von den Vintetallisten schon seit Jahren erhoben worden sei, erfülle. Um so rabiater freilich gebietet sich der extreme Flügel der Doppelwährungsleute, die von einem Bruch der bismarckschen Währungspolitik, von einer Verschlechterung unseres Geldes reden. Soviel sieht man schon jetzt, daß die Vorlage den Vintetallisten ein willkommener Anlaß ist, die Währungsfrage wieder aufzurollen. Die Vorlage kommt den Vintetallisten um so gefälliger, als auch die internationalen Geldmarktsverhältnisse und der Krieg in Transvaal in der That Stoff genug bieten, die Währungsfrage von neuem zu beleuchten. Daß die Reichsbank gerade jetzt darauf dringt, ihren Plan von früher durchzuführen, dürfte neben dem Zweck eigener Stärkung noch in dem Ansiaße zu suchen sein, daß die Reichsbankleitung bei der gegenwärtigen Zusammenkunft des Reichstages sich der Hoffnung hingibt, daß sie in ihrem Bestreben, die Goldwährung zur vollen Durchführung zu bringen, ausreichende Unterstützung finden wird.

Deutsches Reich.

Die Marinepläne.

Am 6. Dezember 1897 gab der Reichszugler Fürst S o h e n - l o r e gelegentlich der Beratung der Marinevorlage im Reichstag die folgende Erklärung ab:

„Nehmen Sie den Gesetzentwurf an, so binden Sie sich nicht nur bis zu einem gewissen Grade die Hände, Sie binden Sie auch den verbündeten Regierungen. Was diese erstere, zeigt Ihnen der Gesetzentwurf in vollkommener Klarheit; die jetzt erhobenen Forderungen sind so bemessen, daß ihnen gegenüber die Verfügungen über die angeblich unerlösten Marinepläne endlich ein Ende finden sollten.“

Tage darauf beteuerte der Staatssekretär des Marine-Amtes L i r i c h gegenüber den Bedenken, daß der Reichstag sich für sechs Jahre binden sollte:

„Ja, meine Herren, binden Sie sich denn die verbündeten Regierungen nicht auch? Giebt es eine größere Bindung, als daß man eine Gesetzesvorlage für die Flotte, die auf organisatorischer Grundlage beruht, frei vorlegt? Ist es nicht erforderlich, daß, wenn man eine andere Flotte schaffen wollte, die verbündeten Regierungen und die Marinewerksverwaltung zu einem ganz neuen Gesetz den Beweis liefern müßten, daß diese Grundlagen für die Flotte falsch sind und eine neue Grundlage erforderlich ist?“

Heute erklärt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Regierung sich selbstverständlich nicht gebunden habe, und die „Post“ meint, der Schwerpunkt der gestrigen Ausführungen des offiziellen Organs liege in den Schlüsselsätzen, die mit der Möglichkeit einer neuen Flottenvorlage rechnen, nicht in den Anfangssätzen, welche betonen, daß im nächsten Etat bereits weitere Marineforderungen enthalten seien. „Es hieße“, so bemerkt das Organ der Schiffselektranten, einer großen Nachlässigkeit sich schuldig machen, wenn eine Regierung für die Sicherheit des Vaterlandes aus dem Grunde keine weiteren Opfer verlangen wollte, weil sie vor Jahren erklärte, daß die zur Zeit in Aussicht genommenen Forderungen auch fürderhin ausreichen dürften.“

Wenn das heute eine grobe Nachlässigkeit genannt werden könnte, wenn die Regierung ihren eigenen Plan anschiebt, so müßte die „Post“ die damaligen Versprechungen der Regierung eine grobe Täuschung des Parlaments und eine kurzfristige Unfähigkeit nennen. Die Regierung hätte dann damals etwas versprochen, was sie gar nicht halten konnte.

Heutzutage rechnet die „Post“ bereits sicher mit der Annahme der unerlösten Flottenpläne. Zudem sei Liebers Wort zitiert: „Wir verstehen unseren Kaiser, wir folgen ihm in allen Dingen, die gerecht und billig von ihm gefordert werden“, bemerkt sie:

„Da aus den offiziellen Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ sich die Perspektive auf eine auf Erweiterung des Flottenplanes gerichtete Aktion der Regierung eröffnet und da andererseits bereits Herr Dr. Lieber als Führer des Centrums die Bereitwilligkeit dieser Partei zur Uebernahme weiterer Opfer im Interesse des Vaterlandes erklärt hat, so erscheint der Erfolg einer solchen Aktion so gut wie gesichert, und es empfiehlt es sich deshalb, schon in der nächsten Session des Reichstages der Regierung die Möglichkeit zu bieten, die Ausführung des Flottenplanes in einer kürzeren Zeit, als jetzt vereinbart, zu bewerkstelligen.“

Das ist ganz Herr v. Helldorns Kriegsführung. Intriguierte die „Post“ an der Kanalvorlage gegen den Kaiser für die durch Herrn v. Mikulic betreute Regierung, so wirkt sie jetzt für die persönlichen Wünsche des Kaisers gegen die Reichsregierung des Kaiserlichen Hofes, die nicht gewillt, in allen schneller Folge sich einer parlamentarischen Niederlage nach der anderen anzugeben.

Mit solcher erregten Flottenbegeisterung sucht die „Post“ der Stimmlosen Klage nicht nur die verschärfte Gunst des Monarchen zurück zu gewinnen, sondern sie vertreibt abermals das ganz persönliche Interesse ihres Geldgebers. Stumm war gegen den Kanal, weil er seine Interessen durch ihn gefährdet glaubte; die „Post“ kämpfte gegen den Kanal, Stumm ist für mehr Schiffe, weil sie ihm großen Gewinn versprechen; die „Post“ ist für weitere Flottenvermehrung. Das sind die Motive der großen, vaterländischen Politik.

Die arbeitwilligen Nationalliberalen.

Die sächsischen Nationalliberalen sind am Sonntag in Leipzig beisammen gewesen, um über den Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu beraten. Die sächsischen Nationalliberalen stehen den rheinisch-westfälischen Großindustriellen nahe und Herr Wassermann ist nicht ihr Freund, wenn auch die Dresdener Gruppe sich dessen Anschauungen in der Frage der Justizreform näher. Der in Leipzig geführte Beschluß, der sich als ein Kompromiß zwischen der Dresdener Gruppe und den übrigen in der sächsischen nationalliberalen Partei maßgebenden Persönlichkeiten darstellt, lautet:

„Unter voller Wahrung der am 20. Juni d. J. von Seiten angegebener Leipziger Vorstandsmitglieder des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen über den Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ der nationalliberalen Reichstagsfraktion telegraphisch zum Ausdruck gebrachten Auffassung spricht die Versammlung das Vertrauen aus, daß die nationalliberale Fraktion im Reichstage sich einer Mitarbeit an der Verbesserung und Erweiterung des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht entziehen werde. Die Versammlung giebt sich der Hoffnung hin, die nationalliberale Fraktion werde dabei den Gesichtspunkt festhalten, es dürfe auf der einen Seite die gesetzlich bestehende Koalitionsfreiheit nicht angefaßt, es müsse aber auf der anderen Seite dem Terrorismus der Socialdemokratie entschieden entgegengetreten und den Arbeitwilligen der Schutz des Gesetzes in noch höherem Maße, als bisher, zu teil werden.“

Eine derartige Anschauung scheint in der nationalliberalen Partei immer mehr zum Durchbruch zu gelangen. Ob hierdurch eine offene Spaltung wirklich herbeigeführt werden wird, läßt sich nicht sicher sagen. Da jetzt von der Wassermannschen Rede in Godesheim, die in jüngster Zeit so viel besprochen worden ist, in den Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei ein beiläufiger Text vorliegt, zeigt es sich, daß Herr Wassermann allerdings an seiner früheren ablehnenden Meinung festhält, daß aber seine Angriffe gegen die großindustrielle Heuschrecke nicht so scharf und nicht so allgemein gelautet haben sollen, als es nach den Zeitungsberichten schien.

Die „National-Zeitung“ giebt folgende Auffassung von der Situation ihrer Partei in der Justizreform:

„Wir hegen die Erwartung, daß die Reichstags-Fraktion sich bei der zweiten Lesung auf einer mittleren Linie verständigen werde, wie wir sie schon vor der ersten Beratung empfohlen hatten, und wie sie fordern aus dem nationalliberalen Verein des Königreichs Sachsen einstimmig beschloffen worden. Es ist inzwischen festgestellt worden, daß Herr Wassermann sich nicht so geneigt hat, wie ursprünglich gemeldet worden war. Aber selbst eine nicht ausgleichende Meinungsverschiedenheit in einer derartigen Frage würde keine „Krisis“ bedeuten.“

Die Wichtigkeit der Nationalliberalen, an der Anhebung der Arbeiterliste mitzuarbeiten, ist im Wochen. Der Terrorismus der Kapitalistenklasse thut seine Wirkung.

Die Agrarier erklären sich durch die „Deutsche Tageszeitung“ gegen neue Flottenforderungen. Ebenso steht die „Kölnische Volkszeitung“ und Liebers Wählerrede herans, daß der Centrumsführer „in seiner Weise die Geschäfte der Flottenschwärmer und Weltpolitiker hat besorgen wollen“.

Von der Justizvorlage. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird aus Berlin mitgeteilt, die Regierung habe die Absicht, den Artikel vom Justizhaus in der Vorlage zu streichen.

Außer einer Handvoll unversähter Stumm- und Kreutzfreunde ist bekanntlich für den § 8 der Justizvorlage, der ihr diesen Namen gab, niemand im Reichstage eingetreten. Es ist darum recht gleichgültig, ob die Regierung den § 8 streichen will oder nicht. Die Vorlage wird darum natürlich nicht besser.

Reichs-Elektricitäts-Gesetz. Das Reichs-Justizamt ist mit der Ausarbeitung eines Elektrizitätsgesetzes beschäftigt, das dem Reichstage in der nächsten Session zugehen soll. Der Entwurf wird zur Ausfüllung einer durch die Rechtsprechung wiederholt fühlbar gewordenen Lücke in der Gesetzgebung, Bestimmungen über die Verstrafung von Diebstahl und Entwertung elektrischer Kraft enthalten, weiter über die Schadensersatzansprüche bei Betriebsstörungen, die von einer elektrischen Centrale ausgehen und alle von dieser Stelle mit elektrischer Kraft gespeisten Betriebe zum unfeinwilligen Betrieb nötigen.

Eine regelrechte Vulpredigt im Stile des alten Hammerstein hält die „Kreuz-Zeitung“ den Harmlosen. „Der Leichtsin mit Rücksichtslosigkeit ist näher verwandt, als es scheint, er vermag einen stillen Riß in den Felsen zu ziehen, den die Formen des Weltmannes oft nur notwendig verdecken, und der unter Umständen ärgere Verwüstungen anrichten hilft, als die Lehren der Umsurpartei, so lange sie auf dem theoretischen Boden bleiben.“

Umschmirt von solchen Vulpredigten, werden die Jen-Odelsten um so sicherer weiter spielen können. Wie dumm-schiffig von der Justizpresse so zu reden! Man glaubt ihnen ja doch nicht, daß sie es ernst meinen.

Freiherrn v. Stumm zur Beachtung. Herr v. Stumm ist bekanntlich ein eifriger Gegner der Vätervereinerordnung des Bundesrats, weil er in derselben einen unberechtigten Eingriff der Staatsgewalt in die Freiheit der Vätermeister, ihre Arbeiter auszubilden, sieht. Herr v. Stumm dürfte aber wohl den Wunsch hegen, daß sein Feind sich in appetitlicher Weise verhält, was ja eine der Absichten der Vätervereinerordnung ist, leider aber bisher noch bei weitem nicht erreicht wurde. Auch nicht in Saarbrücken, dem Machtbereich des Herrn v. Stumm, wie folgender Bericht von dort in der „Deutschen Väter-Zeitung“ vom 21. Oktober zeigt, in dem es heißt:

„Da ist zunächst ein schlimmer Uebelstand, daß wir keine Väterstuben hier haben. Väterstube und Väterhaus ist bei uns ein und dasselbe. Wo der Ofen geheizt wird, Staub und Asche umherfliegen, da lagert auch der Teig, stehen die geformten Brötchen, öfters von einer Staub- und Aschesicht überzogen. An eine Säuberung der Räume ist während der Arbeit nicht zu denken, das Gemenge von Mehl, Staub und Asche muß im Kaume bleiben. Die Höhe dieser Väterstube läßt sehr viel zu wünschen übrig. Selten beträgt sie mehr als zwei Meter und in solch niedrigen Räumen, in heissen Dampf müssen wir uns täglich 12 bis 15 Stunden aufhalten, denn um die Verordnung des Bundesrats betreffend den Maximalarbeitszeit hat sich hier noch kein Mensch gekümmert. Was die Behandlung seitens der Meister anbetrifft, die uns zu teil wird, so kann man nur sagen, daß das Vieh nicht so angefaßt und herumgeschoben wird, als wir! Es war die höchste Zeit, daß hier Aufklärung unter den Kollegen geschähe!“

Sollte Freiherr v. Stumm nicht in seinem eigenen und seiner Klassenangehörigen Interesse hier für Wandlung sorgen? Wo die Arbeiter wie Vieh behandelt werden, sind auch die Leistungen danach.

Aus Ostpreußen. Zum Kampf gegen die Socialdemokratie werden aufseherisch in allen ostpreussischen Wahlkreisen die Beamten und Lehrer mobil gemacht. Die „Hartungische Zeitung“ teilt jetzt den Inhalt eines Circulars mit, das ebenso wie das kürzlich veröffentlichte des Königlich-Kreis-Schulinspektors von Sulzhus, in der Kreisstadt Königsberg für das zur Bekämpfung der Socialdemokratie heranzugebende Blättchen „Preussischer Volksfreund“ Propaganda machen soll. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Das bedrohliche Anwachsen der Socialdemokratie, wie dieses in Ostpreußen bei den letzten Wahlen zum Reichstage in der ausgedehnten volkverfälschenden Agitation und der starken Zunahme an Stimmen — ganz besonders auf dem Lande — zu Tage getreten ist, macht es jeden Vaterlandsfreunde zur unabweisbaren Pflicht, an seinem Teile fortan mitzuwirken zu erziehen und nachhaltiger Bekämpfung der gemeingefährlichen socialdemokratischen Lehren und Bestrebungen. Infolgedessen hat sich im Dezember vorigen Jahres ein Centralkomitee zur Bekämpfung der Socialdemokratie in der Provinz Ostpreußen gebildet, welches wiederum in den einzelnen Kreisen der Provinz Lokalkomitees ins Leben gerufen hat, die ihr Ziel durch die Verbreitung des „Ostpreussischen Volksfreundes“ und eines geeigneten Volkskalenders zu erreichen beabsichtigen. Es ist auch im hiesigen Landkreis unter zahlreicher Beteiligung ein Lokalkomitee zusammen getreten, welchem die Unterzeichneten als Vorsitzender bezw. Schriftführer angehören. Euer Hochwohlgeboren werden nunmehr ersucht, unter Benützung der beifolgenden Formulare diejenigen in Ihrer Gegend wohnhaften Personen anzugeben, welche 1. zur Einrichtung eines Jahreskalenders zur Förderung der Zwecke des Komitees bereit sind, 2. sich freiwillig zum Abonnement des „Ostpreussischen Volksfreundes“ bereit erklären und 3. zur Veranschaulichung bei unentgeltlicher Lieferung des „Volksfreundes“ geeignet erscheinen.“

Einer gefälligen baldigen Antwort unter Benützung beiliegenden Couverts an ... sehen wir ergeben entgegen.“ Das Formular, welches in mindestens drei Exemplaren beigelegt ist, betitelt sich: Nachweisung derjenigen Personen, welche sich freiwillig zum Abonnement des „Ostpreussischen Volksfreundes“ bereit erklären.

Das Schriftstück ist diesmal nicht nur den Lehrern, sondern auch den Gemeindevorstehern zugehickt.

Stuttgart, 24. Oktober. Die Ständeversammlung ist auf den 14. November einberufen.

Mülhausen i. E., 23. Oktober. (Sig. Ver.) Bei dem gestern stattgehabten zweiten Wahlgang der Ergänzungswahlen zum Gemeinderat vermochte die Socialdemokratie dem Ansturm der vereinigten Gegner nicht standzuhalten. Die Kandidaten

der letzteren wurden mit 5240 gegen 4600 socialistische Stimmen gewählt. Auffallend dabei ist, daß die socialistische Stimmenzahl am gestrigen Tage um etwa 500 hinter derjenigen des ersten Wahlganges am 15. Oktober zurückblieb. Unter den Gewählten befindet sich ein aus Altdenkland stammender Beamter, der erste Altdenkische, der seit 1870 in den Gemeinderat der oberhessischen Industriemetropole eintritt.

Wegen Majestätsbeleidigung stand vor dem Landgericht in Jülich der Zigaretten-Arbeiter Emil Rauer vor Hauptendorf. Er soll in einem politischen Gespräche den verstorbenen Kaiser Friedrich abfällig kritisiert, dagegen Wilhelm II. als richtigen Fürsten gelobt, aber hinzugefügt haben, der Kaiser hätte bekannte Äußerungen besser unterlassen. Es erfolgte Freisprechung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 24. Oktober. Auch gestern Abend kam es in vielen Provinzhäusern zu Straßen-Demonstrationen, wobei Fenster von Häusern, in denen Deutsche und Juden wohnen, zertrümmert wurden.

Abgeordnetensland.

Wien, 24. Oktober. Vom Vorsitzenden im Ministerrat, Grafen Clary, ist ein Ersuchen um Vornahme der Delegationswahlen eingegangen. Die Socialdemokraten überreichen einen Antrag auf Minister-Anfrage gegen das Ministerium L u n wegen Verletzung der Staats-Grundgesetze durch die Verordnungen auf Grund des Paragraphen 14. Die Vize-Schlag vor, die Debatte durch Reduzierung der Redner, deren hundert vorgemerkt waren, zu verkürzen, was jedoch die Rechte kategorisch ablehnte. Sodann geht das Haus zur Tagesordnung über und beginnt die Debatte über die Regierungserklärung. Erster Redner ist Abg. Dr. Okuniewski (Russen). Es sprach ferner im deutsch-nationalen Sinne die Abg. Hofmann v. Wellenholz und Bergelt. Dr. Puzer sprach gegen den Ausgleich mit Ungarn.

Unter den eingelangten Interpellationen befindet sich eine der Abg. Dr. Grob und Genossen über die in mehreren Orient-Mächten vorgekommenen Ausschreitungen. Die Interpellanten heben hervor, daß unter dem Vorwande politischer Grundgesetze Eiderelb und Eigentum von Mitbürgern, namentlich jüdischen, gefährdet wurden. Die Interpellanten verlangen Vorkehrungen gegen die Veranlassung derartiger Ausschreitungen und die Heranziehung der schuldtragenden Gemeinden zum Schadensersatz.

Spanien.

Madrid, 23. Oktober. Justizminister Duran hat seine Entlassung eingereicht. Der Grund dieses Schrittes ist darin zu suchen, daß der Minister mit seinen Kollegen bezüglich eines Decentralisationsplanes nicht einer Meinung war. An Durans Stelle ist der Gouverneur der Bank von Spanien Graf Torreano zum Justizminister ernannt worden.

Der offiziösen „Correspondencia“ wird aus Barcelona gemeldet, daß der Widerstand gegen die Agenten des Fiskus einen akuten Grad erreichte. Das Delict, durch welches die konstitutionellen Rechte in der Provinz Barcelona angegriffen werden, ist veröffentlicht worden.

Amerika.

New York, 24. Oktober. (Jett. Sig.) Die Revolution in Columbia findet große Ausbreitung. In Cartagena wurde das Standrecht erklärt.

Wie berichtigt gemeldet wird, besagt das gestrige Telegramm des Konsuls der Vereinigten Staaten in Panama, daß in den Departements Cumbinamarca, Tolima und Santander, nicht, wie irrthümlich gemeldet, in Panama, ein Aufstand ausgebrochen und dort das Kriegrecht proklamirt worden sei. Es verlautet in Panama gerücheltweise, daß von Venezuela aus eine Streitmacht zur Unterstützung der Aufständischen im Anmarsch sei.

Partei-Nachrichten.

Eine sehr lebhafteste Parteiversammlung für den 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Dresden-Land) fand am Sonntag in Potschappel statt. Die Delegierten, Genossen Ledebour und Fleißner, gaben Bericht über die Verhandlungen des Parteitages. Zu ziemlich scharfen Auseinandersetzungen kam es bezüglich der Fragen, in welchen die Delegierten einen verschiedenen Standpunkt einnehmen und diesen auch auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht haben. So in der Sache der Abtragung der Sächsischen Provinzialsteuer. Genosse L. hegte diese Thatsache als einen ungenügend charakteristischen Ausdruck des Opportunismus hin, während Genosse F. den Parteivorstand gegen diesen Vorwurf energisch in Schutz nahm. Ebenso tabelte L. das Verhalten Auer als eine abschließliche Erhabeneiderei andern Genossen (Wedel etc.) gegenüber. Speziell über diese Auseinandersetzungen L's kam es zu lebhaften Debatten. Einige Genossen stimmten L. zu, während die Genossen Fleißner und Wächter u. a. unter Darstellung des Sachverhalts den Gen. Auer warm gegen die Angriffe und beweislosen Unterstellungen Ledebours verteidigten. Die Stimmung der zahlreich besuchten Versammlung war geteilt. Ein junger, kaum mit dem Parteilieben vertrauter Genosse war extra aus dem 6. Wahlkreis, aus Dresden, in den Plauenischen Grund gekommen, um eine Vertrauensresolution für Ledebour bezw. Wächter auszusprechen gegen Fleißner einzubringen. Die große Mehrheit der Versammlung war entrüstet über dieses Auftreten. Im übrigen entspann sich eine interessante Debatte über das Wesen des Opportunismus. Ein Genosse erklärte sich offen nach seiner Stellung zu Parteifragen als einen „Opportunisten“. Genosse Ledebour lehnte ihn aber ausdauernd, daß er (der Genosse) ja gar kein Opportunist sei, sondern was er wolle, wolle ja L. auch. Es wurde schließlich nach 4 1/2 stündiger Dauer der Versammlung gegen zwei Stimmen eine Resolution angenommen, welche sich durchweg mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärte und die Genossen verpflichtete, auf dem alten, bewährten Kampfboden der Partei weiter zu arbeiten.

Eine Konferenz der Gemeindevorsteher für Kreis J. L. trat am Sonntag in Oera zusammen, um ein ausführliches Programm für die Kommunalwahlen festzustellen. Die Forderungen lassen sich an den in Berlin seiner Zeit aufgestellten Entwurf an. Unter anderem wird verlangt: Die Wahlen sollen am Sonntag stattfinden. Auf dem Gebiet des Schulwesens wird die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, die Eröffnung von Schulkantinen, die Anstellung von Schularzten, Verbot der Erwerbsfähigkeit schulpflichtiger Kinder, obligatorischer Unterricht in der Fortbildungsschule für beide Geschlechter bis zum vollendeten 17. Jahr und die Errichtung von Volkshilfshäusern gefordert. In der Krankenpflege, der Kranken- und Gesundheitspflege verlangt man von den Kommunen höhere Leistungen und als Steuerwesen wird die direkte Besteuerung gefordert. Für die im Gemeindevorstand beschäftigten Arbeiter und Beamten ist ansehnliche Bezahlung, sowie eine Arbeitszeit von nicht länger als acht Stunden täglich herbeizuführen. Desgleichen sind Pensions-, sowie Witwen- und Waisen-Unterstützungsstellen für die Arbeiter zu errichten und die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung für sämtliche in Gemeindebetrieben beschäftigte Arbeiter in Anwendung zu bringen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist sicher zu stellen und darf in keiner Weise eingeschränkt werden. In allen Gewerbebetrieben sind Arbeitervereine zu errichten.

Genosse Gebauer, ein eifriger Förderer der socialdemokratischen Partei, der seit Ende der Vierziger in 4. sächsischen Wahlkreis, besonders in der Dresdener Vorstadt Pieschen wirkte, ist am Sonntag gestorben. Gebauer verlor seit Jahren das Amt eines Vorsitzenden im Arbeiter-Verein und das Vertrauen seiner Parteifreunde förderte ihn zum Mitglied des Gemeinderats. Hier in seiner

emigen Thätigkeit eroberte er sich die Achtung von Freund und Feind. Weder Not noch Krankheit haben ihn veranlassen können, auf seine Parteithätigkeit zu verzichten, selbst als er in letzter Zeit, wo sein schwächlicher Körper sich den schädlichen Einwirkungen seines Berufes — er war Steingrubdrescher — nicht mehr gewachsen zeigte und er abgezehrt, krank und sich, dazu noch eines Armes verlustig, der ihm in den letzten Monaten wegen Muskelschwund abgenommen werden mußte, wie ein Schatten einherging, nahm er noch den regsten Anteil an den Vorgängen in der Partei.

So ist mit Gebauer einer der thätigsten Genossen dahingegangen, der, in schwerster Zeit erprobt, noch im späteren Lebensalter den Jungen in jeder Beziehung mit gutem Beispiel voranging. Würden ihm recht viele nachsehen, dadurch wird das Andenken eines braven Genossen in würdiger Weise geehrt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Für die Holzbildhauer bleiben nach wie vor noch folgende Verhältnisse gesperrt: Vary, Friedrichsbergerstr. 10; Beth, Remelerstr. 31; Brunglow, Neue Allee 15; Orig, Palladiumstr. 57; Aramer, Köpenickerstr. 60; Orger, Kottbuser Damm 95; Reimann, Planteninselstr. 22; Dyorkewitz, Hochstr. 2; Pidenhagen, Komminenerstr. 3.

erner werden die Kollegen an den Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 20. v. M., w. d. h. d. 50 Pf. zu setzen, erinnert und zu regerer Beteiligung als bisher aufgefordert. Näheres durch Inserat am Sonntag. Die Lohnkommission.

Achtung, Posamentiere! Da der Streik der Posamentiere beendet ist, so ersuchen wir, sämtliche in Umlauf befindliche Sammellisten, leer oder gezeichnet so schnell wie möglich an Unterzeichneten abzuliefern. Derselbe ist jeden Mittwoch von 12—1 sowie am Sonnabend von 6—8 Uhr im Arbeitsnachweis, Alte Jakobstr. 88 bei Wischel anwesend.

Die Lohnkommission. J. A. Frißberger.

„Die Arbeiterbewegung“, das Organ des Bundes der Arbeitgeber Berlins, welches die Unternehmer in „objektiver“ Weise über die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, Lohnkämpfe usw. unterrichten sollte, hat ihr Erscheinen eingestellt. Wo objektiv die Berichte dieses laubhaften Blattes waren, das nachzuweisen hätten wir häufig genug Gelegenheit. Trotzdem haben die Unternehmer es nicht gehalten. Schade drum!

Wegen Reduzierung der Accordpreise des von den Unternehmern unterschriebenen Tarifes legten am Montag in der Bauhüterei von Prekel, Weihenstraße, die dort beschäftigten Tischler die Arbeit nieder.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Krefelder Färber. Am Sonnabend, den 21. ds. Mts., fanden zwei Sitzungen des Gewerbegerichtes statt und sollte dort eine Einigung der beiden Parteien herbeigeführt werden. In der am Vormittag stattgefundenen Sitzung erklärte der Vertreter der Firma Krefelder Seidenfärberei A. G., nur 120 Streikende einstellen zu können, und zwar zu den von den Arbeitern gestellten Forderungen. Die Firma A. G. S. Wülschens Söhne dagegen lieh erklärte, keine Arbeiter einstellen zu können, jedoch würde sie wohl nach Verlauf von 3—4 Wochen die thätigsten und bravsten Arbeiter einstellen. Eine bindende Erklärung könne man unter keinen Umständen abgeben. In der am Nachmittag stattgefundenen Sitzung, zu der auch die Vertreter der Verbände zugezogen worden waren, wurden den Arbeitern auch die Gründe mitgeteilt, weshalb die beiden Firmen erst nach einigen Wochen die Arbeiter einstellen können. Die Aufträge sind nämlich in einer solchen Weise zueinander gelagert, daß heute kaum die Arbeitswilligen Beschäftigung finden. Man hofft nun, den früheren Kundenkreis sich wieder erobert zu können, wenn man gelehrte Färber beschäftigt. Dieses Gesandnis ist für die Arbeiter wertvoll, beweist es doch, daß die Behauptung der Unternehmer, für sie läme der Ausstand nicht in Betracht, leeres Gerede war, daß im Gegenteil der Ausstand schon großen, materiellen Schaden für sie mit sich gebracht hat. In den übrigen Färbereien wehren sich die Aufträge dezent, daß die Besitzer ihre Betriebe vergrößern müssen (was schon geschieht), um mehr Arbeiter einstellen zu können. Außerdem werden in den nächsten Wochen mehrere neue Färbereien eröffnet werden und können dann sämtliche Streikende untergebracht werden. So prognostiziert hat sich bisher wohl kein Unternehmer gezeigt, wie der Inhaber der Firma Wülschens, der lieber seinen Betrieb, die Quelle seiner Millionen, zu Grunde rückt, als den gerechten Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt. In der am Montag stattgefundenen Versammlung wurde mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, unter den gegebenen Umständen den Ausstand weiter fortzuführen zu lassen. Augenblicklich bemühen sich die vom Streik betroffenen Firmen Abtrümpfe unter den Streikenden zu schaffen. In diesem Zwecke bemüht man dieselben in ihren Wohnungen, um sie besser überreden zu können. Bisher war all diese Mühe vergebens, und die heute stattgefundene Abstimmung hat gezeigt, daß dieses auch in Zukunft nicht gelingen wird.

Die Streikenden stehen nach wie vor fest zusammen und die Aussicht, nach Verlauf von 4 Wochen spätestens in Arbeit treten zu können, ohne sich den Forderungen unterwerfen zu haben, stärkt sie in dem Bestreben, anzuharren.

Es ist jetzt Pflicht der Arbeiterschaft Deutschlands, dafür Sorge zu tragen, daß nun auch der Kampf vollends zu Gunsten der Arbeiter beendet wird. Sorge nun dafür, daß die Unterstufung nicht fehlt, denn Hilfe ist dringend notwendig und wir hoffen, daß wir nicht vergebens an Euch, Arbeiter, appellieren. Geldsendungen richtet man an E. Winterberg, Buchhändler an R. Boullmanns, beide Kronprinzenstraße 122 in Krefeld.

Der Dank der Unternehmer. Im Inseratenteil des „Dresdener Anzeigers“ vom Sonntag befindet sich eine große, eine Viertelseite einnehmende Annonce folgenden schönen Inhalts:

Vereinigte Arbeitgeber des Steingrubgewerbes zu Dresden, Pirna und Umgegend.

Nach eingetretener Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Steingrubgewerbe gestattete sich ergebenst unterzeichnetem Vorstand, mit gegenwärtigen dem königlichen, städtischen und kirchlichen Baubehörden, den Herren Baumeistern und dem bauenden Publikum für die bewiesene Rücksicht bei Ablieferung von Steingrubarbeiten während der Dauer des Streikes seinen ganz ergebundensten Dank auszusprechen, hiermit zugleich die weitere höfliche Bitte verknüpfend, in den nächsten Tagen von weitgehenden Forderungen noch absehen zu wollen, da voraussichtlich kurze Zeit vergehen wird, ehe der Betrieb wieder in vollem Umlaufe hergestellt sein wird. Dresden, den 21. Oktober 1899.

Hochachtungsvoll ergebenst

Der Vorstand obengenannter Vereinigung.

Den Dank haben die genannten Behörden vollans verdient; haben sie doch die Unternehmer, welche die Arbeiter ausgesperrt hatten, durch Bewilligung von Ausschub kräftig unterstützt. Die Arbeiter werden daraus von neuem die Lehre ziehen, daß die Behörden sich die Stützen der Unternehmer-Interessen betrachten.

Bei der Wahl zum Gewerbegericht in Sieben wurden die vom Gewerkschaftsamt aufgestellten Kandidaten mit allen abgegebenen Stimmen gewählt. Die Gegner stellen keine eigene Liste mehr auf. Ein besseres und in seinem ferneren Verlauf gewiß interessanteres Ergebnis zeitigte die Wahl der Arbeitgeber-Vertreter. Die vom Gewerbeamt aufgestellten Kandidaten fanden — 13 Wähler. Da die Arbeiter von früher her wußten, ein wie geringes Interesse die Arbeitgeber der Gewerbegerichtswahl entgegenbrachten, hatten sie am Wahltag selbst eine Arbeitgeberliste aufgestellt, für die 12 gültige Stimmen abgegeben wurden. Da nun auf einigen Listen des Gewerbeamtes auch noch mehrere Namen geschrieben waren, so sind nur acht Arbeitgeber-Vertreter mit je eine Stimme mehr gewählt. Nun müssen die weiteren vier aus-

gelöst werden. Ueber diese Auslösung ist aber das Wahlkomitee keineswegs einig. Der Vertreter der Stadt will diejenigen selbständigen Unternehmer, die zur Zeit keinen Arbeiter beschäftigen, nicht als Arbeitgeber betrachten und hält sie infolgedessen auch nicht für qualifiziert zum Weisiger des Gewerbegerichtes. Die Sache ist noch in der Schwebe.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenstich ist Kinderstich.

Ueber die Fabrikthätigkeit verheirateter Frauen und den Einfluß dieser Arbeit auf die heranwachsende Jugend sprach am Montag in einer Mitgliederversammlung des Vereins für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend“ der Lehrer Agath aus Rixdorf. Dieser Herr führt bekanntlich seit Jahren einen Feldzug gegen die Erwerbsarbeit der schulpflichtigen Kinder, und bei den Studien auf diesem Gebiet ist er auch wohl auf die schweren Schäden gestoßen, die die Erwerbsarbeit der Mutter für das Familienleben und die Erziehung der Kinder in sich birgt. Anknüpfend an die von der Regierung veranlaßte Enquete über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen und an die Zahlen der Berufsstatistik, nach denen jede vierte Person weiblichen Geschlechts bei und erwerbsthätig ist, bewies der Vortragende, daß die Erwerbsarbeit von Familienmüttern nicht nur mindes für diese selbst, sondern in hohem Maße nach den verschiedenen Richtungen hin schädlich auch für die heranwachsende Generation ist.

Die der Fabrikarbeit obliegenden Mütter bringen mehr totgeborene Kinder zur Welt, als andere Frauen, auch stirbt den erstgenannten ein größerer Prozentsatz von Kindern im Säuglingsalter. Die Ernährung der Kinder leidet sowohl unter dem Heimangel der Mutter, als auch unter der Unkenntnis derselben in der rationellen Wirtschaftsführung. Diese Unkenntnis der Wirtschaftsführung sei ja nur allzu leicht erklärlich, wo das Mädchen von Jugend an auf Erwerbsarbeit gegangen ist und niemals Zeit und Gelegenheit zur Erlernung des Hausfrauenberufes gehabt hat. Ebenso leidet die sonstige Körperpflege der Kinder, vor allen Dingen aber die geistige Ausbildung, da solche Kinder, wo Vater und Mutter tagtäglich außer dem Hause sind, niemals die Segnungen eines geregelten Familienlebens genießen und der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt sind.

Troy allen diesen Schäden aber sei ein plötzliches Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen nicht möglich, weil die sozialen Verhältnisse der Arbeiterfamilien dies nicht ohne weiteres gestatten; weil das plötzliche Verbot der Fabrikarbeit nur die weitere Ausdehnung der noch viel schädlicheren Hausindustrie nach sich ziehen würde und aus manchem anderen Grunde. Aber was entzünden verlangt werden könne, das sei ein Ausbau der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen mit spezieller Berücksichtigung der verheirateten Frauen. Zum Beispiel möchte ihnen eine längere als die heute übliche Mittagspause gesetzlich garantiert sein, während heute eine halbstündige Verlängerung nur auf Antrag gewährt zu werden braucht — von welchem Antragerecht aber aus bestimmten Gründen nur wenig Frauen Gebrauch machen. Und zwar liege ein solcher verstärkter Arbeiterschutz vor allem im Interesse der nachfolgenden Generation, die vor geistiger und körperlicher Verwahrlosung geschützt werden müsse.

Der Verein, der unter dem Vorsitz des Schulrats Prof. Euler steht, nahm schließlich eine Resolution an, in der ein wirksamer Kampf der in Fabriken thätigen verheirateten Frauen im Interesse der physischen und intellektuellen Erziehung der Kinder für dringend notwendig erklärt wird.

Die Regierung scheint sich ja, wie aus der Anordnung einer Enquete hervorgeht, selber mit dieser Frage zu beschäftigen. Da können Vorschläge in dieser Richtung auch aus den bürgerlichen Reihen herans nur von Vorteil sein.

Ueber die gesundheitschädlichen Folgen der Frauennarbeit finden gegenwärtig in Elsaß-Lothringen amtliche Untersuchungen statt in Ausführung der vom Reichstag im Januar 1898 beschlossenen Resolution, derzufolge der Reichsausschuß erachtet wurde, in den nächsten Jahresberichten der Gewerbe-Ausschußbeamten eine eingehende Verichterstattung über die Beschäftigung verheirateter Frauen in den Fabriken, über Umfang, Gründe, Gefahren dieser Beschäftigung, Möglichkeit der Beschränkung z. u. veranlassen. Um sich das nötige Material zu beschaffen, hat der Gewerbe-Jnspektor für das Elsaß-Lothringen, Dr. Wolff in Straßburg, die Orts-Arztvereine in seinem Bezirke ermahnt, die für die kasse thätigen Ärzte zur Verantwortung nachfolgender Fragen auf Grund ihrer Erfahrungen zu veranlassen:

1. Haben sich bei den in Fabriken beschäftigten verheirateten Frauen und Witwen oder bei deren Angehörigen gesundheitsliche Nachteile gezeigt, die auf ihre Beschäftigung zurückzuführen sind? Falls diese Frage bejaht wird: In welchen Betrieben waren die Benachteiligten thätig? Worin bestanden diese Nachteile? Sind sie auf den Einfluß der Fabrikarbeit im allgemeinen oder auf die Einwirkung besonderer, in der Beschaffenheit der Arbeitsräume, in der Arbeitsweise, in der Arbeitsdauer, im bearbeiteten Material vorhandenen schädlichen Einflüssen zurückzuführen? Sind Nachteile entstanden durch das Zusammenarbeiten mit männlichen Arbeitern oder haben sich solche ergeben aus der Fabrikarbeit während der Schwangerschaft oder während der Säugperiode?

2. Ist es gesundheitlich notwendig, daß Schwangere in Fabriken nur während einer kürzeren als der gewöhnlich zulässigen Arbeitszeit von 11 Stunden (unterbrochen von einundzwanzig Mittagspausen) oder nur unter Bewährung öfterer Unterbrechungen beschäftigt werden? Falls diese Frage bejaht wird: Welche Dauer darf die gesundheitslich zulässige Fabrikarbeit täglich während der verschiedenen Perioden der Schwangerschaft erreichen? Welche Pausen müssen in die Arbeitszeit eingeschaltet werden?

3. Ist es gesundheitlich notwendig, daß Wöchnerinnen nach ihrer Niederkunft länger als gesetzlich vorgesehn (6 Wochen bzw. mit Zustimmung des Arztes 4 Wochen) von jeder Fabrikarbeit befreit werden?

Die Resultate dieser Untersuchungen sollen als Anhang zu dem Bericht der Fabrikinspektoren für 1899 veröffentlicht werden.

Sociales.

Wie die Innungsbrüder in den Wäckerimungen mit allen Mitteln und ohne Rücksicht sogar auf die Stimmung in den eigenen Reihen Propaganda gegen die so verhasste Wäckerverordnung zu machen versuchen, dafür wurde in einer Versammlung der Dresdener Wäcker (Zwanag) Innung ein sehr sprechendes Beispiel in Rücksicht auf den seiner Zeit stattgehabten Verbandstag deutscher Wäckerimungen in Magdeburg geliefert. Jener Verbandstag hat bekanntlich einen auf Abschaffung der Wäckerverordnung hinzielenden Beschluß gefaßt, und zwar, wie sich jetzt herausstellt, in ganz eigenmächtiger Weise über die Köpfe der Innungen und Mitglieder hinweg. Dieses Vorgehen scheint um nachträglich in manchen Innungen sehr böses Blut erregt zu haben; die Mitglieder verlangen zum mindesten ein Mitspracherecht über diese wichtige Frage. Das wurde nun jetzt in der erwähnten Versammlung versucht, jedoch ohne Erfolg. Von Seiten des Innungsvorstandes wurde einfach erklärt, daß es aber die Angelegenheit überhaupt nichts mehr zu reden gäbe und durch den Beschluß in Magdeburg erledigt sei. So wird die selbst in den eigenen Reihen der Wäckermeister auftauchende Mißstimmung gegen das eigenmächtige, arbeiterefeindliche Vorgehen der Innungsmatadore unterdrückt, um nach außen hin den Anschein der Einigkeit gegen die vielumstrittene Wäckerverordnung zu erwecken. Solche Vorgänge stellen diesen Magdeburger Beschluß in ein recht eigenartiges Licht, und zeigen, wie man in diesen Kreisen künstlich Stimmung macht.

Bauarbeiterschuh. Die Baumfälle, die sich in letzter Zeit in München besonders zahlreich bemerkbar machten, scheinen nun doch den maßgebenden Kreisen die Frage nahe zu legen, ob nicht gegen

die leichtfertige Art, mit der heute das Leben der Bauarbeiter in Gefahr gebracht wird, eingeschritten werden soll. Allerdings die Erkenntnis kommt sehr spät; wie immer, müssen erst schwere Opfer auf die dringende Notwendigkeit solcher Reformen hinweisen. In einer halbamtlichen Meldung aus Bayern heißt es:

Das Ministerium des Innern beabsichtigt, aus Anlaß der in jüngster Zeit wiederholt vorgekommenen schweren Bau-Unfälle demnächst eine geübtere Kommission, bestehend aus amtlichen Bau-Ingenieuren, ausübenden Baumeistern, Mitgliedern der Baugewerkschafts-Vereinsvereine und Arbeitern, zu berufen, die gutachtlich über die Maßnahmen einzunehmen wären, die — abgesehen von den bisher schon bestehenden Bestimmungen — veranlaßt erscheinen, um Unfällen im Baugewerbe, soweit irgend möglich, vorzubeugen.

In Leipzig hat der Rat der Stadt folgende Bekanntmachung erlassen:

Bei allen Hochneubauten, in denen Personen im Innern mit Ausbauarbeiten beschäftigt sind, müssen während der Zeit vom 15. Oktober bis 15. April die Thür- und Fensteröffnungen, mindestens soweit sie der Wetterseite zugekehrt sind, während der Arbeitsthatigkeit wenigstens provisorisch und derart geschlossen gehalten werden, daß das Entstehen von Zugluft ausgeschlossen bleibt.

Der Rückzug der Engländer.

Der englische Siegesjubel ist schwerer Besichtigung gewichen. Die Siege vom Freitag und Sonnabend stellen sich als verhältnismäßig unbedeutend heraus, und von den Kämpfen am Sonntag und Montag berichtet der Telegraph so gut wie nichts; das wenige aber, das er berichtet, zeigt deutlich genug, daß die Lage der Engländer in Katalonien sowie auf den anderen Kampfplätzen keineswegs rosig ist.

Das Sonnabend-Gefecht vor Glencoe erscheint bereits ganz anders in dem jetzt aus Victoria kommenden kurzen Bericht, als in den Jubelartikeln der englischen Blätter. Der Oberkommandant der Boerentruppen, General Joubert, telegraphierte am Sonnabend seiner Regierung: Heute früh hatte Lucas Meyer ein Gefecht bei Dundee; er hatte durch einen Boten den Kommandanten Erasmus über den Schlachtplan verständigt, der aber nicht erschien. Die Verluste der Engländer werden für sehr groß gehalten. Auch wir haben gelitten, jedoch ist es infolge des Rebells unmöglich, alle Einzelheiten zu erfahren. Wie es heißt, sind 10 Mann gefallen und 25 verwundet.

Bestenfalls ist sicher, daß der angebliche Sieg der Engländer die Boeren nicht nur nicht gehindert hat, am Sonnabend bereits von neuem aggressiv gegen das Lager von Glencoe vorzugehen, sondern mit dem Rückzug der Engländer und, wie es scheint, mit einer Durchbrechung der gesamten englischen Stellung endete.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Ladysmith von vorgestern telegraphiert:

Die Boeren greifen heute unter General Joubert und dem Präsidenten Krüger selbst Glencoe wiederum an; sie sollen 9000 Mann stark sein. General Buller befehligt die britischen Truppen; er ließ das Lager weiter zurück in eine bessere Verteidigungsstellung verlegen.

Bezüglich für England ungünstige Meldungen kommen über Frankreich, und dem „Temps“ wird aus London gemeldet: Nach Mitteilungen von Persönlichkeiten, welche über die Vorgänge im Kriegssamt gut unterrichtet sind, erhielt die Kriegsverwaltung seit Sonnabend nähere Nachrichten über den zweiten Vorstoß der Boeren bei Glencoe. Danach haben die Truppen der Boeren, die sich nach dem ersten Kampf zurückgezogen hatten, am zweiten wiederum teilgenommen. Die Engländer sollen geschlagen worden sein und derartige Verluste erlitten haben, daß das Kriegssamt Mitteilungen über für die Engländer günstiger Gefechte abwartet, bevor es Nachrichten veröffentlicht. Der Kampf bei Glencoe habe den Zweck gehabt, die Truppen des Generals White festzuhalten, während beide Kolonnen Jouberts gegen Glencoe operierten.

Diese Operationen sind als gelungen anzusehen, Dundee und Glencoe sind von den Engländern geräumt und die in Ladysmith stehenden Truppen sind wahrscheinlich von der übrigen Armee, die in Glencoe stand, abgetrennt.

Aus auf dem westlichen Kriegsschauplatz sieht es für die Engländer zur Zeit keineswegs günstig aus und Abteilungen von Oranienbergen belästigen bereits das Nordgebiet des Kaplands. Derselben liegen folgende Telegramme vor:

Kapstadt, 23. Oktober. (Meldung des „Netherlands Bureau“.) In ganz Westkapland und Oranienland-West herrscht infolge vollständigen Ausbleibens der Zufuhr großer Mangel an Lebensmitteln. In wenigen Wochen wird mit ziemlicher Sicherheit das Eintreten einer Hungersnot erwartet.

London, 24. Oktober. „Daily Telegr.“ erfährt, daß im Kriegssamt ein Telegramm von Cecil Rhodes aus Kimberley eingetroffen ist, worin Rhodes die Inkompetenz des Kriegssamtes auf die Lage in Kimberley deutet und worin er die sofortige Aufhebung von Beschränkungen verlangt, da die Stadt von den Boeren vollständig eingeschlossen sei.

Aus Coloberg im Norden (Napoleon) wird den „Times“ gemeldet: Die Lage hier selbst ist ernst. Die Boeren, die 350 Mann stark sind, sollen durch eine Abtheilung von Driekop her, die drei Stunden Reiten entfernt steht, verstärkt werden. Verteidigung ist nicht möglich. Die Stadtgarde wird sich beim Erscheinen des Feindes nach Raanvoort zurückziehen. Seit drei Tagen exerzieren die Boeren jenseits des Oranje mit Feldgeschützen. Die beim Driekop stehende Streitmacht wird auf 1500 Mann geschätzt.

London, 24. Oktober. (V. S.) Die letzten Meldungen vom Kriegsschauplatz berichten, daß die Boeren in Coloberg Station angefallen haben, worin sie erklären, einen allgütigen Sieg über die Engländer bei dem Angriff auf Dundee davongetragen zu haben.

London, 24. Oktober. (V. S.) Aus Durban wird berichtet, daß 1500 Boeren die Stadt Colenso, 10 Meilen südlich von Ladysmith, anzugelst haben. Weiteren Meldungen zufolge soll diese Stadt bereits von den Engländern geräumt worden sein, weil die englische Besatzung zu schwach gewesen, um Widerstand leisten zu können.

In England.

London, 24. Oktober. Die „Times“ melden, es sei nunmehr bestimmt, daß das Parlament Freitag vertagt werde.

Die Blätter berichten, daß Versuche gemacht worden sind, zwei Militärszüge, welche nach Southampton unterwegs waren, zur Engländer zu bringen. Einige Minuten vor Eintreffen der Züge waren schwere Steine und Eisenstücke auf den Schienen geworfen worden.

London, 24. Oktober. (V. S. V.) Unterhans. Der Unterstaatssekretär des Krieges Wyndham teilt mit, daß der Oberbefehlshaber der Armee, General Wolseley, die jetzige Lage auf dem Kriegsschauplatz folgendermaßen zusammenfaßt: General Buller zog sich zurück, um sich mit dem General Buller zu vereinigen und schloß gestern abend ungefähr 16 Meilen südlich von Dundee sein Lager auf. Er ist auf dem Marsch von Dundee nirgends auf den Feind gestoßen. General Buller geriet heute auf dem Wege, der von Ladysmith nach Kevoalste führt, mit Truppen des Oranje-Freistaates ins Gefecht, das für ihn einen glücklichen Ausgang nahm; er soll heute abend mit General Buller glücklich geworden. (Beifall.) General Buller teilt noch mit, daß die Verwundeten, die er mit sich führt, sich verhältnismäßig wohl befinden. Die verwundeten Boeren, die in unsere Hände gefallen sind, werden ebenso behandelt, wie unsere eigenen Verwundeten, und wir haben allen Grund anzunehmen, daß die Boeren, die in ihre Hände gefallen britischen Verwundeten in derselben menschlichen Weise behandelt werden. Soweit die Mitteilung Walceleys. Ich möchte das Haus daran erinnern, sagt dann der Unterstaatssekretär Wyndham hinzu, daß Transvaal der Genfer Konvention beigetreten ist. Wir haben ferner noch von General Buller, dem

Oberbefehlshaber der Truppen der Kapkolonie, heute um 2 1/2 Uhr folgendes aus Kapstadt, 24. Oktober, 1 Uhr 45 Min. nachmittags, datiertes Telegramm erhalten: Nach der letzten Nachricht, die aus Kimberley, 22. Oktober, 2 Uhr nachmittags, eingelaufen, ist dort alles in bester Ordnung.

Die Parteigenossen Berlins

nahmen gestern abend in 6 Versammlungen die Berichte vom Parteitag sowie ihrer Vertrauensleute und Kommissionen entgegen. Wir geben darüber die folgenden vorläufigen Mitteilungen:

Die Parteiverammlung für den ersten Kreis, die in den Remishallen tagte, wählte einstimmig die Genossen Chr. Bohn und G. Seiler als Vertrauenspersonen. Als Mitglieder der Preßkommission wurden die Genossen Fäterow und Woldt wiedergewählt. In die Lokalkommission wurden die Genossen W. Manasse und Luch delegiert. Als Mitglied der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wurde Genosse S. Suster wiedergewählt. Zu Revisoren wurden W. Märzschel, Fischer und Strelow bestimmt.

In der Vorkrauerer tagte die Versammlung des zweiten Wahlkreises. Nachdem den Vertrauensleuten die Entlastung erteilt worden und die verschiedenen Berichterstattungen erfolgt waren, kam man zu den Wahlen. In Vertrauensleuten wurden gewählt Maunmann und Gustav Schmidt. Als Preßkommissionsmitglieder wurden gewählt Wald und Schrader. In die Lokalkommission: Faller und W. W. Genosse Scholz wurde in die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg gewählt. Den Bericht von der Brandenburger Parteikonferenz gab Genosse Brangel. Ueber die Verhandlungen des Parteitags in Hannover berichteten Koblentzer und Gwald.

Die Versammlung des dritten Kreises, die in der Reffonree stattfand, beschloß nach längerer Diskussion, nur, wie bisher, einen Vertrauensmann zu wählen. Gewählt wurde der bisherige Vertrauensmann Fritz. Als Mitglieder der Preßkommission werden nach sehr erregter Debatte die Genossen Hingz und Wartenberg wiedergewählt, als Mitglieder der Lokalkommission Hingz und Kossien. Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren bei Schluß dieses Vorberichts, um 11 1/2 Uhr, noch nicht in Angriff genommen.

In der Versammlung für den vierten Wahlkreis wurden als Vertrauensleute gewählt für den Osten: Robert Wengels und Otto Franke; für den Südosten: Emil Vogt und Paul Wähm. In die Preßkommission wurden gewählt für den Osten: Adolf Hoffmann, für Südosten: Paul Hoffmann. Die Wahlen für die Lokalkommission: für den Osten: Blume und Galle, für den Südosten und Trepow: Scholz, Gadebusch und Sasse. In die Agitationskommission wurden gewählt für den Osten: Bajewitz, für den Südosten: Jadel. Zur Ueberwachung der Parteipredigten wurden für den Osten gewählt: Wille, Basener und Wegner, für den Südosten: Geise, Spilner und Ostburg. Als Parteirevisoren wurden die Genossen Kunert, Zimmermann und Rügge für den Osten, Erbe, Gurtsche und Jänisch für den Südosten gewählt.

In der Versammlung des fünften Wahlkreises im Schweizergarten erstattete Genosse Wels den Bericht als Vertrauensmann. Danach wurden als Vertrauensleute die Genossen Lange und Sassenbach gewählt; als Revisoren Dittmann, Mühling und Veyer. Genosse Roth erstattete den Bericht der Preßkommission und beklagte hierbei den durch die Ausweisung des Genossen Braun entstandenen Verlust. — In die Preßkommission wurden die Genossen Friedländer und Roth wiedergewählt. Für die Lokalkommission berichtete Wisse. Es wurden in dieselbe die Genossen Buse und Späth wiedergewählt. Den Bericht der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg erstattete Kogke; derselbe hob hervor, daß die Aufnahme in der Provinz eine gegen früher steigend freundliche gewesen ist. Genosse Kogke wurde hierauf wiedergewählt.

Die Versammlung des sechsten Wahlkreises, die im Kolberger Salon tagte, vollzog folgende Wahlen: Vertrauensleute: für Moabit Pfarr, für Wedding und Oranienburger Vorstadt Ernst, für Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen Masche, für Schönhauser Vorstadt Wünsch. Mitglieder der Preßkommission: Leid und Freithaler, der Lokalkommission: Fischer (Moabit), Kaiser (Wedding und Oranienburger Vorstadt), Gasmann (Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen), Rihmann (Schönhauser Vorstadt). In die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wurden Grasshold und Warschowski delegiert, und folgende Revisoren gewählt: Klose, Rapp und Freithaler.

Versammlungen.

Für den 44. Kommunal-Wahlbezirk fand am Montag in Arends Brauerei in der Turnstraße eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt. Der Kandidat des Bezirkes, Genosse Rudolf Willarg, referierte über die bevorstehenden Kommunalwahlen. Das sachkundige und in leicht faßlicher Form vorgetragene Referat hat sich seinem Inhalte nach in denselben Rahmen, in dem sich die Referate in den schon stattgehabten Kommunalwähler-Versammlungen bewegten. Wir geben deshalb von einer ausführlichen Wiedergabe ab. Eine Diskussion schließt sich an das Referat nicht an. Der Vorsitzende macht dann noch eine Reihe von Mitteilungen darüber, in welcher Form sich die Wahlhandlung abspielen wird. Zum Schluß ergriff noch einmal Willarg das Wort, um mit einem sogenannten „parteilosen“ Flugblatt zur Stadtverordnetenwahl sowie mit seinem bürgerlichen Gegenkandidaten ins Gericht zu gehen. Darauf schließt der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Eine Kundgebung gegen die Forschungs- und Behandlungsmethoden der ärztlichen Wissenschaft bezog eine Versammlung, die am Montag bei Wuggenbagen am Moritzplatz stattfand. Zunächst sprach Prof. Förster gegen die vivisektorische Behandlung der Tiere, d. h. schmerzhaftige Eingriffe in den lebenden Körper derselben zu Studienzwecken, und bezeichnete sie als eines unseres Jahrhunderts nicht würdige Gesühlichkeit der Menschen gegen die wehrlosen Geschöpfe. Eine Reihe von Zeichnungen, die derartige Vorgänge darstellten, angeblich wissenschaftlichen Lehrbüchern entnommen, wurden in Lichtbildern den Anwesenden vorgeführt und erregten öftere Rufe der Entschiedenheit. Wenn auch an lebenden Menschen, so meinte der Redner, unsere Zeit viel sündige, so sei das doch kein Grund, sich nicht daneben auch des Tieres anzunehmen; er forderte daher die Anwesenden auf, dem Weltwunde zur Bekämpfung der Vivisektion beizutreten. Sodann sprach der hiesige Naturarzt Caniz über Naturheilmethoden und brachte heftige Angriffe gegen die medizinische Wissenschaft und die Mediziner selbst vor. Er führte eine Reihe von Medikamenten aus der allopathischen Behandlungsweise an, die gefährlich und gesundheitsgefährlich wirken, so u. a. Antipyrin, Jodkali, Chloralhydrat, Cocain und Salicin, die Krankheiten und Vergiftungsfälle zur Folge gehabt hätten. Das medizinische Sündenregister sei ein sehr großes; die Zahl der Quecksilbervergiftungen allein sei Legion. Mit Brom suchten die Aerzte epileptische Erscheinungen gewaltsam zu unterdrücken. Das Heilkrum sei als Taraxacum bekannt; es laufe auf ein reines Gift heraus, da die Fabrikanten, die höchsten Fachwerke, dem Erfinder eine enorme Lohntieme zahlten. Ebenso fielen die Impfarzte etwa 30 Millionen jährlich durch das Impfen in ihre Taschen und die Krankenlosen verausgabten im Jahre 14 Millionen für Medikamente. Im ganzen würden in Deutschland mehr als 100 Millionen jährlich für Medikamente verausgabt. Redner verliest eine Liste von über 2000 Todesfällen, die nachgewiesen durch Arzneien hervorgerufen seien, darunter 100 durch Quecksilber

und 200 durch Karbol. Dabei stellt die Aerzte ja selbst den Todeschein aus; jeder Mediziner habe aber seinen Kirchhof voll und der Doktorhut bede alles zu. Nachdem man vor einem Jahre ernstlich verurteilt habe, die sogenannte Kurpfuscherei im Reiche zu unterdrücken, habe man es inzwischen auf anderem Wege durch das preussische ärztliche Standesgesetz versucht, wonach ein Mediziner nicht mehr mit einem Naturarzt zusammen Kranke behandeln darf, da solches gegen seine Standeslehre verstoße. Kommissar der verflorenen Minister Post habe sich bemüht, den Aerzten gegenüber der sogenannten Kurpfuscherei an die Hand zu gehen. Der Minister habe dabei auf 167 Fälle von Verstrafungen hingewiesen, an denen auch er, Redner, einmal beteiligt sei. Dem ständen aber die Sünden der Aerzte entgegen, von denen eben nur ein Teil bekannt werde. Letztere hätten selbst Versuche mit ahnungslosen Geisteskranken vorgenommen, so ein hiesiger Arzt, der solchen Hochsalz-Einspritzungen in die Rückenmarkshöhle gemacht habe, während ein anderer Kindern Scharlachgift einimpfte. Redner schloß mit der Aufforderung, sich vor Arzneien zu hüten.

Der Vortrag von dem häufigem Beifall begleitet. Eine Resolution fand Annahme, die gesetzliche Schritte gegen die Vivisektion fordert. Danach sprachen noch zwei Redner, von denen der erste eine Briefkastennotiz des „Vokal-Zeigers“ über Anwendung metallischer Quecksilbers zur Kenntnis brachte; letzteres wird darin als unschädlich bezeichnet, während wissenschaftlich das Gegenteil feststehe. Der andere Fall betraf den Tod eines Arbeiters infolge falscher ärztlicher Behandlung, wobei die Sachlage nur durch Zufall bekannt geworden sei. Statt Medikamente zu verschreiben, möchten die Aerzte doch vielmehr die soziale Fürsorge für die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen betätigen. Eine große Anzahl Flugblätter und Bücher über Vivisektion, Naturbehandlung und soziale Angelegenheiten lagen während der Versammlung auf.

Mit den gegenwärtigen Verhältnissen in der Filzschuh-Industrie beschäftigte sich eine gut besuchte Versammlung, die am Montag bei Rimmann, Brunnensstraße, tagte. Von dem Referenten Hermann, sowie von allen Diskussionsrednern wurde die Lage der in der Filzschuh-Branche beschäftigten Personen als eine überaus schlechte geschildert. Trotzdem die Geschäftslage in diesem Herbst eine außerordentlich günstige war und es zeitweise sogar an Arbeitskräften mangelte, sind die Löhne noch reduziert worden. Die früher neunstündige Arbeitszeit hat eine Verlängerung erfahren. Um nur einigermaßen einen auskömmlichen Verdienst zu erzielen, wurde die übliche Arbeitszeit durch zahlreiche Ueberstunden verlängert. Diese Zustände sind im wesentlichen auf die schlechten Organisationsverhältnisse und auf den Indifferentismus der in dieser Branche beschäftigten Personen zurückzuführen. Es wurde festgestellt, daß in 31 Betrieben etwa 800 Personen thätig sind. Aber nur in 10 Betrieben sind die Arbeiter vollständig oder teilweise, insgesamt ca. 150, organisiert. Dadurch, daß der Kleinbetrieb vorherrschend ist, die männliche Arbeitskraft durch Frauenarbeit immer mehr verdrängt wird und die Hausindustrie beständig zunimmt, ist die Organisation sehr erschwert und infolgedessen die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenfalls mit großen Schwierigkeiten verbunden. Es gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten verpflichten, durch den Anschluß an die Organisation für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Außerdem wurde das Vorgehen der Arbeiter in der Fabrik von Hamann, die einstimmig eine weitere Lohnreduzierung zurückgewiesen haben, gutgeheißen, und die Versammlung verpflichtet sich, falls es zur Arbeitsniederlegung kommt, diese Arbeiter durch Sammlungen auch materiell zu unterstützen.

Die streikenden Töpfer hielten am Dienstagvormittag wieder eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung in Steherts Saal ab. Der Vertrauensmann David berichtete über den Verlauf der am Montag abgehaltenen Meisterversammlung; er teilte ferner mit, daß vor und nach jener Versammlung behufs Vorbereitung der Verhandlungen vor dem Einigungsamt Besprechungen zwischen Vertretern beider Parteien stattgefunden haben. Das Resultat dieser Besprechungen sei, daß die Meister bereit sind, auf ihren Tarif von 1896 einen Zuschlag von 7 Proz. zu gewähren, und gemeinsam mit den Vertretern der Gesellen einen neuen Tarif auszuarbeiten, der am 1. Januar in Kraft treten soll. (Gelächter und lebhaftes Zwischenrufen: Waschen wir nicht!) David führt weiter aus, eine Zulage von 7 Prozent komme ungefähr dem 1888er Tarif der Gesellen gleich, deshalb empfehle Redner, die Versammlung möge sich mit einer Zulage von 7 Prozent einverstanden erklären unter der Bedingung, daß die neueren Arbeiten dabei berücksichtigt werden und bei der Beratung des neuen Tarifs eine Erhöhung von 12 Prozent zu Grunde gelegt werde. Der Redner empfahl — wie er bemerkte, aber nur in seinem eigenen Namen — eine in diesem Sinne gehaltene Resolution. Die Lohnkommissions-Mitglieder John und Ridel traten der Resolution Davids entgegen und führten aus, daß dessen Ansichten nicht die der Kommission seien, und man sich mit 7 Proz. nicht begnügen könne. Eine von den Leipziger Töpfern eingeleitete Schlichtungsbewegung für den Berliner Streik wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. G. H. bekräftigte die Vorschläge Davids mit aller Entschiedenheit. Die Töpfer Berlins stehen mit seltener Einmütigkeit zusammen, während die Meister untereinander vollkommen uneinig seien. Es wäre nicht zu rechtfertigen, wenn die Streikenden jetzt, wo die Situation so günstig sei, nachgeben wollten. Der Meistertarif sei nicht maßgebend, wenigstens müsse der Gesellertarif von 1888 anerkannt werden. (Beifall.) Verbandsvorsitzender Drunzel führte aus: Es sei richtig, daß sich die Meister in einer Zwangslage befinden und daß sie die Forderungen der Gesellen unbedingt bewilligen müssen. Aber ein unter solchen Umständen erzwungener Sieg habe auch seine Bedenken. Wenn die Meister jetzt von den Streikenden besiegt werden, so sei sicher zu erwarten, daß die Meister bei der ersten Gelegenheit Rache nehmen und die ihnen abgerungenen Zugeständnisse wieder rückgängig machen. Für die Gesellen sei es vorteilhafter, wenn sie die Verhandlungen mit den Meistern nicht abbrechen, sondern gemeinsam mit denselben einen Tarif festlegen, vielleicht unter Zugrundelegung einer zehn- bis zwölfprozentigen Zulage und vorläufiger Anerkennung des 1888er Tarifs. (Bravo.) Die weitere sehr ausgedehnte Debatte bewegte sich in derselben Weise. Einzelne Redner verlangten Fortsetzung des Streiks bis zur unbedingten Anerkennung der aufgestellten Forderungen, andere befürworteten die Weiterführung der angebotenen Verhandlungen, jedoch gingen die Ansichten darüber auseinander, ob und wie weit man den Meistern entgegenkommen solle, und es wurden nach dieser Richtung verschiedene Vorschläge gemacht. In der Debatte nahm auch Töpfermeister Kamann das Wort. Er erkannte die Forderungen der Gesellen als gerechtfertigt an und riet zur Einigung, indem er betonte, daß ein vor dem Einigungsamt abgeschlossener Tarif für die Gesellen mehr Wert habe, als ein im Kampf durchgefochtener. Die Versammlung nahm die Resolution David an, mit der Aenderung, daß nicht 7, sondern 8 Proz. Zuschlag gefordert werden. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die am 24. Oktober versammelten Töpfergesellen von Berlin und Umgegend nehmen den von der Lohnkommission der Meister gemachten Vorschlag, 8 Proz. Lohnreduzierung auf den Tarif von 1896 unter folgenden Bedingungen an:

1. Dieser Lohnzuschlag gilt nur bis zum 31. Dezember 1896.
2. Alle im Tarif von 1896 nicht vorgesehenen Arbeiten werden nach dem Maßstab unserer Tarifvorlage bezahlt. Bei Streitigkeiten entscheiden die beiderseitigen Lohnkommissionen.
3. Die beiderseitigen Lohnkommissionen treten zusammen, um einen gemeinsamen Tarif auszuarbeiten, der im Durchschnitt 12 Proz. Zuschlag auf den Tarif von 1896 enthält und vom 1. Januar 1900 in Kraft tritt.
4. Maßregelungen finden nicht statt. Jeder Offensiver tritt wieder bei seinem letzten Arbeitgeber in Arbeit, sofern während der Dauer des Ausstandes die Arbeitsgelegenheit bei demselben sich nicht geändert hat.
5. Die Meister erkennen die Organisation der Gesellen als deren berechtigter Vertretung an.

Schöneberg. Am Freitag, den 20. d. M., fand im Klubhause eine Parteiverammlung statt, in welcher die Delegierten Seelin, Schubert und Hoppe den Bericht vom Parteitag erstatteten. Ueber die Angriffe auf die Grundanschauungen der Partei entspann sich eine teilweise recht erregte Debatte. Den Bericht des Vertrauensmannes erstattete Kogel. Die Einnahme inkl. Bestand betrug 1576,24 Mark, die Ausgabe 1243,60 M., an den Kreis sind 693 M. abgeliefert. Den Bericht der weiblichen Vertrauensperson erstattete Frau Sella. Einnahme inkl. Bestand 168,11 M., Ausgabe 137,20 M. Zu Vertrauenspersonen wurden gewählt: Kogel, Stellvertreter Fischer, für die Frauen Frau Melting; zu Revisoren: Masch, Obst, Waischowski, Frau Sella und Schulz. In die Lokalkommission wurden gewählt: Koblentz, Sella und Jänisch. Als Delegierte zur Kreisversammlung Hoffmann, Küter und Fischer. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß um 12 Uhr die Versammlung.

Schöneberg. Hier tagte am Montag im Klubhause eine Kommunalwähler-Versammlung, in der die sozialdemokratischen Kandidaten für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in 5., 12. und 13. Bezirk endgültig aufgestellt werden sollten. Zunächst berichtete der Stadtverordnete Masch über die Thätigkeit der Stadtverordneten-Versammlung. Redner zeigte in längerer Ausführung, wie notwendig es sei, daß recht viel Sozialdemokraten in die städtische Vertretung hineinkämen. Die schon länger als ein Jahr vorhandene Schul-Verordnung sei erst jetzt auf sein fortwährendes Drängen der Benutzung gevidmet worden. Dem habe man den famosen Vorschlag gemacht, daß Bodenwässer nur den Kindern unmittelbarer Eltern auf deren Antrag geliefert werden solle. Vergänglich habe er darauf beantragt, die Wässer allgemein zu liefern, es aber zuzulassen, daß sie sich die Kinder mitbrächten. Das ablehnende Verhalten der Mehrheit kennzeichnete ihre soziale Unsichtbarkeit. Die Schularztfrage habe Fortschritte gemacht, indessen habe der Magistrat immer noch nicht für die vierte Stelle jemanden vorgeschlagen, obwohl sein erster Vorschlag bereits am 11. September abgelehnt worden sei. — Die Lehrer verlangten mit Rücksicht auf die Mietsteigerungen entsprechende Wohnungsgeld-Zuschüsse. Die Erledigung ihrer Position wurde unter allerlei Vorwänden verschleppt. Der Ansehuh habe schließlich wieder beschlossen, die Angelegenheit zu vertagen. Das mache die Angst vor den Stadtverordnetenwahlen. Die Schulverhältnisse liehen manches zu wünschen übrig. Auch in dieser Beziehung bevorzugte die Verwaltung die Interessen der Bestehenden. Redner habe angerechnet, daß die Stadt pro Kopf und Jahr zu den Kosten des Programmstudiums 144 M., zu denen der Mittelschule 70 M. und zu den Kosten der Volksschule nur 50 Mark beitrage. — Es nahm dann Genosse Schubert, der als Kandidat für den 12. Bezirk vorgeschlagen ist, das Wort: Im Stadtparlament würden keine Revolutionen gemacht, habe neulich ein Schöneberger Genosse erklärt. Das sei richtig, aber die Beteiligung an kommunalen Leben sei notwendig, da sich mancherlei für die Arbeitererschaft erringen lasse. Redner behandelte dann mit vielem Geschick verschiedene Punkte des sozialdemokratischen Kommunal-Programms, so besonders die Förderung einer wirklichen Volksschule, die alle Klassenunterschiede beseitige lasse. Weiter betonte Genosse Schubert, daß man in Schöneberg allerdings kein Geld für ein dringend benötigtes Krankenhaus habe, wenn man der Hochbahngesellschaft lediglich im Interesse der Hausbewohner am Rollenortplatz gleich 800 000 M. zur Verfügung stelle. — Nachdem der ebenfalls zum Kandidaten vorgeschlagene Genosse Baumler sich für unentgeltliche öffentliche Wäber ausgesprochen und die Nützlichkeit der obligatorischen unentgeltlichen Desinfektion dargelegt hatte, wurden die Kandidaten endgültig aufgestellt: Genosse Masch für den 5., Genosse Schubert für den 12. und Genosse Baumler für den 13. Bezirk. — Hierauf rügte noch Genosse Peterson einige kommunale Mißstände. Unter anderem legte er den sozialdemokratischen Vertretern nahe, für die Schaffung von Bedürfnisanstalten für Frauen einzutreten. Wie die anderen Redner ermunterte auch er die Anwesenden zu recht reger Agitation, damit der Wahltag für die Schöneberger Sozialdemokratie ein Siegestag werde. Genosse Knäpfer sprach sich mißbilligend darüber aus, daß sich Genosse Obst in der Stadtverordneten-Versammlung zu dem Verlangen der Milchhändler, den Leuten des Herrn Volke das Klingeln zu verbieten, sympathisch gestellt habe. Genosse Obst erwiderete, er habe nur gleiches Recht für alle verlangt und sei nicht dafür gewesen, daß auswärtigen Händlern das Hausieren in Schöneberg unterbunden werde.

Wilmersdorf. Am 18. Oktober tagte in „Strub' Restaurant“ eine gut besuchte öffentliche Parteiverammlung, in der Genosse Jahn einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Welthandel und Kolonialpolitik“ hielt. Der bisherige Vertrauensmann sowie der Obmann der Lokalkommission berichteten von ihrer Thätigkeit. Dann schritt die Versammlung zur Neuwahl. Gewählt wurden folgende Genossen: Th. Müller als Vertrauensmann, Preuß, Köhler, Gieser in die Lokalkommission, Kerre, König zu Revisoren und als Delegierte zur Kreisversammlung Wilsch, Antonius, Kübler und Wurzel.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wilhelmshaven, 24. Oktober. (W. G.) Der Admiralstab entsandte den Korvettenkapitän Scheibel zum Kriegsschauplatz nach Südafrika.

Wien, 24. Oktober. (W. G.) Die „Abendpost“ dementiert amtlich die Meldung von der Aufhebung der Sprachenordnung für Schlesien.

Wien, 24. Oktober. (W. G.) Im Abgeordnetenhaus kam es in der heutigen Sitzung anlässlich der Interpellation Pacal wegen der Aufhebung der Sprachenordnung in Böhmen und Mähren zu einem großen Skandal. Die Junggehehen attackierten den Justizminister thätlich, während die Linke dem Justizminister applaudierte. Die Sitzung mußte schließlich aufgehoben werden; die nächste Sitzung wird brieflich bekannt gegeben.

Kuffig, 24. Oktober. (W. L. W.) Die Aufschörungen bei der Ferdinandssöhle schreiten stetig fort, weshalb man für die nächste Zeit eine Verschüttung des Geländes der Nordwestbahn erwartet.

Brag, 24. Oktober. (W. G.) Unausgesetzt laufen hier Meldungen aus der Provinz über ezechische Demonstrationen und Ausschreitungen erster Natur ein.

Stuttig, 24. Oktober. (W. G.) Bei einer Kontroverseversammlung, die hier stattfand, betrogen sich die ezechischen Reservisten so reinlich, daß der Dienst habende Offizier die betreffenden Reservisten einschließen und um militärische Hilfe depeschieren lassen mußte.

Paris, 24. Oktober. (W. G.) Der Kriegsminister hat heute ein Dekret unterzeichnet, wonach der oberste Kriegsrat vollständig umgeändert wird. In Zukunft sollen nur solche Generale Mitglieder des Kriegsrates werden können, welche bereits in Friedenszeiten das Kommando über ein Armeekorps geführt haben oder dazu bestimmt sind, in Kriegszeiten ein solches zu übernehmen.

Paris, 24. Oktober. (W. L. W.) General Lucas ist zum Mitglied des Obersten Kriegsgerichts, General Gristot zum Kommandant des 19. Armeekorps ernannt worden. Der Kabinettsrat genehmigte ferner die Vorlage, welche die Berufsjubilare betrifft und ihnen die Rechte einer juristischen Person verleiht sowie die zivilrechtlichen und strafrechtlichen Bestimmungen festlegt, welche den Spindakaten eine unbehinderte Wirksamkeit ermöglichen.

Washington, 24. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Ausland hat endlich eingewilligt, die seit acht Jahren schwebende Streitfrage mit den Vereinigten Staaten über seine Ansprüche bezüglich der Beschlagnahme seiner Segelschiffe im Behringmeer einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterbreiten. Das Protokoll ist hierüber von den beiden Regierungen bereits aufgenommen worden, die endgültigen Formalitäten werden, wie man erwartet, im nächsten Monat zum Abschluß gelangen. Es wird wahrscheinlich nur ein Schiedsrichter in der Sache entscheiden und zwar der holländische Jurist Dr. Wrad.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Im sechsten Reichstags-Wahlkreis finden am Montag, den 6. November, vormittags von 9 bis abends 8 Uhr, im 33., 38., 40., 43., 44., 45., 47. und 48. Kommunal-Wahlbezirk Neuwahlen der dritten Abteilung zur Stadtverordnetenversammlung statt.

Um die Wähler am Wahltag vor Zeitverlust zu bewahren, machen wir darauf aufmerksam, daß das Wahlrecht in dem Bezirk ausüben ist, wo der Wähler bei Aufstellung der Wählerlisten, also im Anfang Mai d. J., seine Wohnung inne hatte.

Der Wähler wählt in seinem Wahllokal an dem Tisch, an welchem die Farbe des ausgehängten Plakats mit der Farbe seiner ihm vom Magistrat zugefandenen Einladung übereinstimmt. Sollte einem Wähler keine Einladung vom Magistrat zugefand sein, so kann er, sofern er in die Wählerliste eingetragen ist, von den im Wahllokal von nachmittags 5 Uhr anwesenden zwei Magistratsbeamten eine solche ausgestellt erhalten.

33. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Belfortstraße, Chorinerstr. 21-64, Colmarerstraße, Danzigerstr. 1, Diederichsenstraße, Eberhardstraße 24, Frankfurterstr. 1-8, Heinerdorferstr. 1-2 u. 32, Immanuelstraße 39, Kottbuserstr. 1-36 u. 71-104, Marienburgerstr. 1, Wühlhauerstraße, Oberbergerstr. 1-8 u. 50-62, Prenzlauer-Allee 17-40 u. 215-238, Rotebühlstr. 1-11 u. 49-59, Schönhauser-Allee 19-45 u. 145-172a, Stralauerstr. 24-35, Tredeowstr. 16-40, Weidenburgerstr. 8-31 u. 62-84, Wörzgerstraße. Wahllokal: Berliner Grater, Kottbuser-Allee 7/9.

38. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Ackerstr. 71-116, Brunnenstr. 66-122, Feldstr. 10-17, Gartenplatz 1-7, Gartenstr. 50-95, Gerichstr. 1-9a u. 79-86, Grenzstr. 1-21, Hermsdorferstraße 1-12, Kochstr. 5-19, Quilitzerstr. 13-63, Radnubenerstraße, Silesenstr. 6-15, Vorplatz 1 u. 43, Weidenerstraße, Kottbuserstr. 1 u. 38, Rügenstr. 1 u. 27, Scherlingstr. 1-28, Straßburgerstr. 14-59, Strellingerstr. 37-38, Veltaststraße, Wollstraße. Wahllokal: Gesellschaftshaus (Saal 1 Tr.), Schweinestraße 42.

40. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Boyenstr. 1-46, Chausseest. 57-81, Dammstr. 1-41, Frensd. 1-61, Gerichstr. 10-16, 58 u. 71-75, Gessischestraße, Hochstr. 47-49, Invalidenstr. 38-49 u. 84-110, Kleiserstr. 1-24, Kottbuserstr. 1-5a u. 16-20, Lindowstraße, Müllerstr. 1-11 u. 169-185, Neue Hochstr. 1-56, Platz am neuen Thor, Ravensbergerstr., Reinholdsdorferstr. 1-8 u. 62-70, Schornhorstr. 1-41, Schulzenbergstr. 1-27, Selenstr. 1-35, Tegelestr. 1-7 u. 55 u. 56. Wahllokal: Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße 58 (großer Saal).

43. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Alt-Moabit 35-79, Beuelstraße, Gogolowstraße, Guttenstraße, Jagowstraße, Oststraße, Rostockerstraße, Siedingstraße, Siemensstr. 1-10, Turmstraße 56-65, Waldstraße, Wittlicherstraße, Wollstraße. Wahllokal: Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49. Kandidat: Gehilfenführer Ferd. Gwalb.

44. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Bienenstr. 18-28, 31-49 und 51-59, Bredowstr. 2-40, Bremerstraße 1-17 und 41-75, Egenenangerstr. 9, Embenerstr. 1-54, Havelbergerstr. 2-9 und 30-40, Jonsd. 2-7, Köderstr. 2-51, Werthebergerstr. 32, 34-36 und 41, Wollstr. 1-10, Wollowstr. 79-82, Solswedelerstr. 2-16, Siemensstr. 12-42, Stephanstr. 27-45, Stromstr. 17 bis 62, Turmstr. 21-54 und 67-85, Waldenstr. 2-20 und 25-42, Wicelstr. 8-11, 21 und 34, Wilhelmshagenstr. 1-5, 10-31, 44 u. 53-59. Wahllokal: Brend's Brauerei, Thurmstr. 25/38. Kandidat: Rudolf Willberg.

45. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Wandlstr. 12-31, Wertenstr. 1-16, 66-69 und 72-77, Feldzeugmeisterstr. 2-9, Halbesstr. 21 u. 31-73, Havelbergerstr. 10-17 u. 23-28, Invalidenstr. 50-56, Kruppstr. 2-8, Veltcherstr. 1-57, Verlebergerstr. 1 bis 18, 20-31, 43-50 u. 52-61, Wollowstr. 9-28, 50-63, 110-118, 129-131 und 135-140, Mathenowstr. 1-68, Seelitzstr. 14 und 15, Stendalerstr. 1-9 u. 12-23, Stephanstr. 2-26, 47-54 u. 56-64, Sülzerstr. 1-4 u. 34/36, Torstr. 32 u. 34, Wollowstr. 18-56. Wahllokal: „Artus-Hof“, Verlebergerstr. 26. Kandidat: Expedient Theodor Glode.

46. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Adolfsstr. 1-27a, Antonstr. 1-49, Burgdorferstraße, Courtdirektplatz, Gerichstr. 17-57 u. 60-70, Ködlinerstr. 1-11, Pommersche, Rantelstraße von Ravensstraße bis Gerichstraße, Wollstr. 1-12 u. 15-22, Wollowstr. 12 bis 25a u. 152-168, Rorbauer von der Ringbahn bis zur Torstraße, Wollstr. 1-6 u. 48-56, Wollowstr. 1-44, Prinz Eugenstraße, Ruckelshausstraße, Reinholdsdorferstraße 8a-29 u. 42-61, Schulstr. 40, Straße 16 u. 17 von Triftstraße bis Straße 13, Straße 54, Sonnplatz, Sparrstraße, Sprengelstraße, Tegelestraße 8-54, Torstr. 15-17b, Triftstraße von Müllerstraße bis Torstraße, Weddingstr. 1-9, Wiesenstr. 28-43, Widenowstraße. Wahllokal: Ködliner Hof (großer Saal), Ködlinerstr. 8. Kandidat: Kaufmann August Glinke.

47. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Kolonnenstr. 1-48, 66, 89/90-151, Pommersche 1-21, Grezlerstraße 1-26, Grundstück der Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, Hennigsdorferstr. 3-6 und 23-28, Hochdortstr. 5 und 20-30, Wollowstr. 1-60, Wollowstr. 11-17, Wollstr. 13a und 14, Wollowstr. 28 bis 83 und 109-151, Dinerstr. 94 und 95, Oudenerdstr. 6 und 34 und 43-45, Reinholdsdorferstr. 31-41, Schillingstr. 55, Schulstr. 1-77 und 91-117, Schwedenstr. 1-19, Sechr. 1-2, 16-40 und 60, Soldatenstraße 36-41, Torstr. 30 und Kranzenhaus, Uferstr. 1-18, Uferstr. 5 und 6, Zehlfelderstr. 1-2 und 30. Wahllokal: Wedding Casino, Schulstr. 29. Kandidat: Gehilfenführer Richard Augustin.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee tagt am Tage der Wahl bei Franz Kleinert, Schulstr. 29 (Garten-Saal). Dasselbe liegen auch von heute an die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht aus.

48. Kommunal-Wahlbezirk

umfaßt die Häuser: Badstraße 16-67, Bismarckstraße, Bismarckstr. 2-18 und 83-99, Bismarckstr. 100-102, Christianstraße, Kolbergerstraße, Freienwalderstraße (zwischen Stettiner- u. Dreieckstraße), Gröppelstraße, Hochstraße, Pantstraße 7-47, Prinzen-Allee, Stettinerstraße, Soldatenstr. 2-15, 27, 28 u. 87-112, Turmstraße, Wollowstr. 1-10a, 21-27 und 55-66, Wollowstr. Wahllokal: Marienbad, Badstr. 35/36. Kandidat: Reichstags-Abgeordneter W. Pfannkuch. Das sozialdemokratische Wahlkomitee tagt am Tage der Wahl bei K. Abendroth, Badstr. 32/43. Dasselbe liegen auch von heute an die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht aus.

Tokales.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Reichstags-Wahlkreis (Osten). Die Generalversammlung ist in Aussicht genommen, daß die Kommunalwahlen die Kräfte der Mitglieder völlig in Anspruch nehmen, bis auf weiteres verschoben worden. In folgenden Zahlstellen des Vereins werden Beiträge entgegen genommen und neue Mitglieder aufgenommen: Jonas, Elbingerstraße 9; Jabel, Frankfurter Allee 90; E. Böhl, Frankfurter Allee 74; Baumgarten, Königsbergerstr. 7; Loz, Grüner Weg 46; Wille, Andreasstr. 28; Köppl, Schillingstr. 30a; H. Böhl, Rüdigerdörferstr. 8; Schöere, Blumenstr. 38; Urban, Friedrichsbergerstr. 11; Spät, Weinstr. 28; Gorn, Markusstr. 28; Mühle, Köpenickerstr. 41; Jauer, Fruchtstr. 52; Strauß, Stralauer Chaussee 17b; Huttsche, Krautstr. 30; Hofeloff, Landsbergerstr. 8; Thiele, Ballistadenstr. 52; Robus, Rigaerstr. 127; Richter, Stralauer Platz 15a; Schumann, Tilsiterstraße 85; Bodise, Tilsiterstraße 48; Schulz, Blumenstr. 14; D. Franke, Ballistadenstr. 9.

Achtung, 6. Wahlkreis! Genossen und Genossinnen, welche gewillt sind, sich an der heute, Mittwoch, stattfindenden Verbreitung von Versammlungs-Anzeigen für den 40. Kommunal-Wahlbezirk zu beteiligen, werden gebeten, sich heute 8 Uhr bei Krause, Müllerstraße 7a, einzufinden. Das Wahlkomitee.

Den Viehhofs- und Schlachthofs-Arbeitern

widmet der vom Direktor Hausburg erstattete Jahresbericht über den städtischen Vieh- und Schlachthof diesmal einen eigenen Abschnitt. Eine gänzlich ungewohnte Ehre! Ist es vielleicht die wachsende Unzufriedenheit der Arbeitergruppe, die die Direktion veranlaßt hat, sich in ihrem Bericht auch einmal ein wenig mit ihren Arbeitern zu beschäftigen? Es scheint so. Wie sie das tut, das ist freilich recht bezeichnend. Daß die Agitation in der Lokuhofstraße, heißt es da zunächst, „allmählich auch in den Reihen unserer Reinigungs- und Fournage-Arbeiter eine organisierte Vertretung finden würde, war nicht übersehen.“ Aber ärgerlich war es — was? Zur Frage des Arbeitsmehrs und der Arbeitsdauer heißt es dann weiter: „Der stark wechselnde Auftrieb ergibt auch ein wechselndes Arbeitsmaß, einmal mit Anspannung aller Arbeitskraft und Verlängerung der Arbeitszeit, ein anderes Mal Verringerung der Ansprüche. Eine augenblickliche Ausbille durch fremde Arbeiter ist nicht immer zu haben und bei der Art unserer Arbeit auch nicht zu empfehlen.“ Der „Normalarbeitstag“ sei am Viehhof 9 Stunden, am Schlachthof mit seinem regelmäßigen Betriebe, wo keine Reparaturarbeiten vorkommen, 10 Stunden. 9 Stunden seien am Viehhof für schwachen Auftrieb genügend, nach starken Auftrieben bei weitem nicht.

Soll diese Darstellung die Lage der Arbeiter des Vieh- und Schlachthofes in günstigem Lichte erscheinen lassen? Das ist wohl die Absicht, aber die Wirkung auf den Leser ist eine ganz entgegengesetzte. Fast wie Hohn klingt es, wenn der Bericht über die Frage des Stützlohns, zu dessen Einführung für einige Arbeitergruppen die Direktion sich schon vor 17 Jahren genötigt gesehen hat, bemerkt: „Natürlich hat das Stützlohn-System auch eine Schattenseite, indem der Verdienst wechselt und den Empfängern — leider oft vergeblich — zur Wirtschaftlichkeit auffordert.“

Und wie hoch ist dieser Verdienst? Für die Arbeiter betrug der Tagelohn im Jahre 1898/99 nach Angabe des Berichts 2,75—3,50 M. (Die ständigen Handwerker und ihre Gehilfen verdienen das ganze Jahr hindurch bei dauernder Beschäftigung am Schlachthof 4,10 M., am Viehhof bei längerer Arbeitszeit entsprechend 4,40 M.) Der durchschnittliche Jahresverdienst stellte sich bei den Viehhofsarbeitern auf 1097,40 M., bei den Schlachthofsarbeitern auf 1023 M. Nach Herrn Hausburgs Versicherung „entsprechen diese Beträge dem geleisteten Maß der Arbeit“. Wie aber die Arbeiter bei einem solchen Einkommen (im Wochendurchschnitt 21,10 M. und 19,67 M.) auch noch „wirtschaftlich“ sein, d. h. sparen sollen, das macht ihnen Herr Direktor Hausburg vielleicht einmal selber vor.

Der städtischen Schuldeputation sind für die bevorstehende Neuordnung des Berliner Gemeindefiskalwesens vom Vorstande des Vereins Berliner Volksschullehrerinnen ausführlich begründete Änderungsvorschläge für den Geschichts- und Geographie-Unterricht unterbreitet worden.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, welche zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann im Gartenhaus des Grundstücks Alexandrinenstr. 26 errichtet worden ist, wird am Donnerstag, den 26. ds. Mts., der Benutzung übergeben werden. Die Lesehalle wird an Wochentagen abends von 5 1/2 bis 10 Uhr, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 8 bis 6 Uhr geöffnet sein. Die Bibliothek wird dem Publikum zum Entleihen der Bücher an den Wochentagen abends von 5 1/2 bis 9 1/2 Uhr, an Sonn- und Festtagen von 9-1 Uhr offen stehen.

Wegen Einziehung von Armenpflege-Kosten, die im Verwaltungs-Zwangsvorfahren nicht durchsetzbar waren, gingen im Jahre 1898/99 bei der städtischen Kommission für Requisitionssachen 4255 Requisitionen ein. In 3073 Fällen wurde mit den Personen, von denen die Kosten eingezogen werden sollten, verhandelt und meistens auch noch die Prüfung der Verhältnisse hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit durch die betreffenden Bezirksvorsteher vorgenommen. Hierbei ergab sich, daß nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl der Verpflichteten überhaupt zahlungsfähig war. Der kleinere Teil der Zahlungsfähigen ließ sich zur Zahlung der Schuld in einer Summe bereit finden, der größere konnte nur zur ratenweisen Abtragung veranlaßt werden.

Der Stadtrat a. D. Dr. Karl Gotthold Krause ist nach kurzem Krankenlager hier gestorben.

In der Denkmals-Verstümmelung in der Sieges-Allee ist zu berichten, daß von den Thätern noch nichts entdeckt worden ist. Die Polizei soll „eine bestimmte Spur“ verfolgen, aber die gemeldet wird: „Ein patrouillierender Schutzmann sah in der Nacht vom Sonntag zum Montag eine Gesellschaft von zehn bis zwölf Personen, die lärmend, singend und tobend vom Platz an der Sieges-Allee kamen und die Sieges-Allee hinuntergingen. Der Beamte konnte des dichten Nebels wegen nicht sehen, ob diese Leute, die angetrunken waren, sich an den Denkmälern vergreifen haben; man vermutet jedoch, daß in dieser Gesellschaft die Thäter gesucht werden müßten.“ Die Handjuristen der „Deutschen Tageszeitung“, die wie gestern nach Gebühr behandelt haben, wird von Wollowstr. der verschiedensten Parteirichtungen gebrandmarkt. Die „Volks-Zeitung“ schreibt, daß mit demselben Rechte, wie Kasperle die Socialdemokratie verächtlich, von unserer Seite aus die mit dem Kaiser brüskierten Kanalgegnen agrarischer Couleur als Denkmalschänder hingestellt werden können, und sogar das „Leine-Journal“ meint: „Selbst der blutigste Socialdemokrat würde die feigen Duben, die den herostratischen Mut besäßen, sich etwa

dieser ungeheuerlichen Tollheit vor ihm zu brüsten, mit Weisheiten aus seiner Nähe treiben.“

Zwischen schlägt Kasperle weiter Purzelbäume, ohne daß einer seiner Redaktionskollegen in der „Deutschen Tageszeitung“ den Mut findet, ihm das Handwerkn zu legen. In der Nummer vom Dienstagabend läßt er sich folgendermaßen aus:

„Die Haupt- und Residenzstadt Berlin hat durch die Verwertung des öffentlichen Geistes mit 500 M. gezeigt, daß ihren Vertretern das rechte Empfinden für Geschehnisse abgeht, die in jedem königstreuen Manne hellen Jörn auslockern lassen. Sie hat sich der sie auszeichnenden Gabe ihres ersten Ehrenbürgers und Landesherrn unwert gezeigt. Deshalb fordern wir nichts mehr und nichts weniger, als daß die verfallenen Bildwerke in ihrem Zustande belassen werden: als brennendes Mal und Rainzeichen für alle Zeit!“

Einfach pyramidal! Da nun aber jede solche Leistung ihr Seitenstück haben muß, so hat ein Professor Meyer von der Akademie der Künste zu einem Mitarbeiter der „Berliner Zeitung“, wie dies Blatt mittelst, sich dahin geäußert, daß man in Künstlerkreisen den Urheber der Verstümmelung unter den deutschen Steinmetzwerkern vermutet. Die Ausführung der Standbilder in Marmor wurde bekanntlich seiner Zeit italienischen Arbeitern, u. a. dem Bildhauer Casali, in Auftrag gegeben. Es besteht nun in Künstlerkreisen die Ansicht, daß deutsche Arbeiter die Verstümmelungen begangen haben, um sich für die ihnen vermeintlich zugefügte Benachteiligung zu rächen.

Die hiesigen Steinmetzen werden die Antwort auf diese Verdächtigung nicht schuldig bleiben.

Selbst nun es sich aus, daß die reaktionäre Presse den — Magistrat von Berlin dafür verantwortlich macht, daß die Statuen auf dem städtischen Terrain der neuen Markgrafenstraße nicht genügend bewacht werden, den Magistrat, der in sicherheitspolizeilichen Dingen auch nicht das geringste zu sagen hat. Hier liegt die Schuld, wenn von einer solchen nun einmal geredet werden soll, ausschließlich auf Seiten der Polizei, die zwar zur Bewachung von Arbeiter-Versammlungen und zum Unternehmern- und Streikbrecher-Schutz immer Beamte zur Verfügung stellt, jedoch nicht für genügende Bewachung der Standbilder zu sorgen vermochte.

Weniger sei noch, daß ein Zeitungsreporter über eine Unterredung mit Bürgermeister Kirchner folgendes berichtet:

„Auf eine Bemerkung unseres Mitarbeiters bezüglich der Höhe der ausgefertigten Belohnung erklärte der Bürgermeister, daß er eine solche von 1000 M. in Vorschlag gebracht habe. Es sei ihm aber — und wie ihm scheint mit einer gewissen Berechtigung — entgegengehalten worden, daß eine Prämie in solcher Höhe die Polizei nur dann aussehe, wenn ein Menschenleben durch Vordringhand zerschmettert worden sei. Hier aber handle es sich, wie unerhört und empörend dieser Vandalismus auch wäre, doch nur um die Zerstörung toten Marmors.“

Nun müßte Kasperle sich konsequenterweise an der Polizei ausstoßen.

Nach dem „Berl. Tagebl.“ sollen die beteiligten Künstler vom Kultusministerium beauftragt worden sein, die Beschädigungen „sofort zu beseitigen.“

Die Harmlosen wieder komplett. Eine sensationelle Nachricht kommt aus Moabit. Heute vormittag um 11 1/2 Uhr hat sich der in letzter Zeit so vielgenannte Spieler Wolff in Begleitung seines Rechtsbeistandes, Rechtsanwalts Bronker, dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Herr, aus freien Stücken gestellt und um Aufnahme im Untersuchungsgefängnis gebeten. Es hat somit die Erklärung, die Rechtsanwalt Bronker als Zeuge im Spielerprozeß abgegeben hat, nämlich, daß er felsenfest überzeugt sei, Wolf würde sich nach Fällung des Urteils unverzüglich stellen, sich sehr schnell verwirklicht. Auch Dr. Kornblum soll einer Korrespondenz zufolge wieder in Berlin aufgetaucht sein. Sobald Herr Wolff wieder losgelassen ist, kann das Jeu also auf geläuterter Grundlage von neuem losgehen.

Liebesdrama. Im Hause Wehdingstraße 9 hat sich gestern ein Liebesdrama abgepielt. Dort wohnte in einer kleinen Wohnung die unverheiratete Plätterin Therese Küstlich. Gestern früh um 5 1/2 Uhr hörte der Nachbar der Küstlich, der Posthilfsarbeiter Wellan, in ihrer Wohnung einen Schuß fallen. Er wackelte den Hausverwalter und holte die Polizei. Drei Schußleute, die alsbald erschienen, konnten nicht ohne weiteres in die Wohnung gelangen, da deren Schlüssel, der im Schloß stecken geblieben war, mit einem starken Draht unwiderrlich war. Während die Beamten sich daran machten, die Thür zu öffnen, fiel in der Küche noch ein Schuß, und da man nun mit Gewalt sich Eingang verschaffte, fand man die Plätterin mit ihrem Geliebten, dem verheirateten Schlosser August Dröse aus der Schulstraße, in ihrem Blute schweben. Das Mädchen lag in einem schwarzen Kleide mit dem Gesicht nach unten auf dem Fußboden; es hatte eine Schußwunde in der rechten Schläfe und war tot. Dröse lebte noch; er lag, nur mit den Weisheitszähnen, Hemd und Strümpfen bekleidet, noch schwach röchelnd im Bette. Ein Arzt der Unfallstation X leistete ihm die erste Hilfe und ließ ihn dann in das Krankenhaus am Friedrichshagen bringen, während die Leiche des Mädchens später nach dem Schanzenhaus abgeholt wurde. Auf dem Tische lag ein Zettel an den Meister Dröses: „Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß wir gemeinschaftlich in den Tod gegangen sind.“ Ein Brief, der gestern abend ausgegeben war, beunruhigte heute morgen mit der ersten Post Frau Dröse von der Kastropstraße. Dröse bittet seine geliebte Marie, ihm den letzten Schritt zu verzeihen, da er von seiner Geliebten nicht habe lassen können. Für sie und sein Fränzchen schide er 45 M., 7 M. habe er auf der Arbeitsstelle noch zu fordern. Einen Brief, den Dröse an einen Bruder richtete, hatte er nicht abgefaßt.

Unter zahlreicher Beteiligung wurde gestern nachmittags Frau Rosalie Ernst, die verstorbene Gattin des Theaterdirektors Adolf Ernst, auf dem neuen jüdischen Friedhofe in Weihensee zur letzten Ruhe beisetzt. Zu der Trauerfeier hatten fast alle Theater-Vertreter entandt.

Das Grundstück Frobenstr. 27 ist gestern abends von Brandstiftern heimgesucht worden. Sonntagabend wurde der gesamte Dachstuhl des fünfstöckigen Vorderhauses total eingestürzt und müncherte ist daselbst mit demjenigen des linken Seitensüßels geschehen. In beiden Fällen hat der Besund Brandstiftung ergeben. Wertwändig erscheint, daß die beiden das Feuer denselben Ausgangspunkt hatte, wie am Sonntag, nur daß damals das Element sich nach dem Vorderhaus, diesmal nach dem Seitensüßel zog. Noch merkwürdiger aber ist die Thatsache, daß der Hauseingang, der jahrelang von kurz nach 5 Uhr früh an geöffnet blieb, gestern früh 6 Uhr beim Ausbruch des Feuers fest verschlossen war. Dabei ist festgestellt, daß das Haus wenige Minuten vorher noch geöffnet war. Das Feuer wurde von der Straße aus zuerst bemerkt, und als dann die Wehr erloschen, mußte der Dachstuhl preisgegeben werden, da derselbe bereits vollständig in Flammen stand und die Hauptaufgabe darin bestanden mußte, das Element auf seinen Herd zu beschränken.

Der bereits angekündigte Vortrag des Herrn Geheimrat Professor Dr. G. Frisch „Ueber Transvald“ findet am Mittwoch, den 26. ds. Mts., abends 8 Uhr, im großen Theatersaal der Urania statt; doch sei, um Mißverständnissen vorzubeugen, gesagt, daß diese Veranstaltung nicht zu den „Gutenab-Vorträgen“ gehört.

Ein internationales Centralkomitee der Presse ist gegenwärtig in Berlin versammelt. Das Komitee hat folgende Beschlüsse gefaßt: 1. ein ständiges Organ für die internationale Presseunion zu begründen; 2. eine Uebersicht der Pressegesetzgebungen aller Länder herauszugeben; 3. eine Identitätskarte für alle Mitglieder der der Union angehörenden Pressevereine zu schaffen; 4. ein internationales

Schiedsgericht für die Mitglieder der Prehunion zu organisieren, und 5. eine Kommission einzusetzen zur Ausarbeitung der Tagesordnung des Pariser Kongresses. Die nächste Sitzung des Komitees findet Ende des Winters in London statt.

Der Circus Schumann wird im früheren Circus Menz, Karlstraße, am Sonnabendabend durch eine Gala-Vorstellung eröffnet.

Verein für vollständige Kurse von Verlierer Hochschullehrern. Am Donnerstag, den 26. Oktober, beginnt Herr Professor Dr. O. H. H. in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstraße 17/18, seinen vollständigen Vortragskursus über: Die durch Gewohnheiten und Mißbräuche entstandenen Krankheiten und wird zunächst über Ursachen der Nahrungsmittel und Genußmittel auf die Entstehung von Krankheiten, über die Hygiene und Art der Nahrung sprechen. Am Freitag, den 27. Oktober, behandelt Herr O. H. H. den Vortrag: Die Bedeutung der Vegetation zu Beginn seines Kurses über „Eisenkalksalze“ die Bedeutung des Eisens und die geologischen, chemischen und physikalischen Gesetze, auf welche sich die Darstellung des Eisens gründet. — Die Eintrittskarten zu diesen beiden Anlässen sind bereits vergriffen.

Aus den Nachbarorten.

Parteilosen von Adlershof. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal von Schumann eine sozialdemokratische Parteiverammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Bericht des Vertrauensmannes und der Kommissionen und die entsprechenden Antworten. Wahl der Delegierten zur bevorstehenden Kreisversammlung.

Johannisdahl. Den Parteilosen zur Nachricht, daß die Vertretung von Parteitag nicht am Donnerstag, sondern umfährlich bereits am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, in Scheers Wilhelmspark zu Köpenick stattfindet. Der Vertrauensmann.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Montag vorerst mit der wichtigsten Frage der „Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Elektrizitätsgesellschaft“. Nach längerer Debatte gelangte man zu folgender Beschlussefassung: 1. Die Uebernahme des betreffenden Amtes hat unentgeltlich zu erfolgen. 2. Die auf das Mitglied entfallenden Gewinnaufschüsse — Zantione, Gratifikation usw. sollen der Stadthaushaltskasse zufließen und zu wohlthätigen Zwecken Verwendung finden. 3. Die Wahl darf der Dauer von 5 Jahren nicht übersteigen. 4. Eine Revision hat ferner stattzufinden, wenn das betreffende Mitglied aus der Stadtverordneten-Versammlung ausscheidet. In der Wahl empfahl der zu diesem Zweck eingesetzte Ausschuss dem Stadtv. Obergingenieur Wagner, der sich auch zur Annahme bereit erklärte, später jedoch, als er bei der Abstimmung nur 19 Stimmen auf sich vereinigte, die Wahl ablehnte. Die Sache wurde daraufhin an den Ausschuss zurückverwiesen, der eine andere geeignete Persönlichkeit vorschlagen soll. Es folgte die Abänderung des mit der Berliner Straßenbahn geschlossenen Vertrages. Die Stadtverordneten hatten sich am 18. September damit einverstanden erklärt, daß die Linie Zietenstraße von der Kurfürstendammstraße bis zur Wälowstraße angebahnt, dann aber an die vorhandenen Geleise angeschlossen werde. Wie sich jetzt herausstellt, würde diese Linie an erheblichen Mängeln leiden. Auch die Anlage einer Haltestelle an der Reichens- und Wälowstraße scheint ausgeschlossen. Außerdem würde die Kreuzung der Wälowpromenade das Projekt, dorthin die Hochbahnrampe zu verlegen, unmöglich machen. Nach länger, oft heftiger Debatte, in welcher die persönlichen Interessen keine unwesentliche Rolle spielten, kam folgender Antrag zur Annahme: Unter Aufhebung des Beschlusses vom 18. September 1899 (St. B. 708, Druckache 215) erteilt die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung dazu, daß unter entsprechender Abänderung des mit der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft geschlossenen Vertrages § 1 B I f. statt der Vertragslinie Zietenstraße von Kurfürstendammstraße bis Winterfeldstraße — Winterfeldstraße die Linie Mohrstraße von Kurfürstendammstraße bis Rollenpflanzweg — Rollenpflanzweg — Ragenstraße von Rollenpflanzweg bis Winterfeldplatz eingerichtet wird. Die Verlängerung des mit der Schöneberg-Friedenauer Terrain-Gesellschaft geschlossenen Vertrages erfolgte, nachdem auf Anregung des Stadtverordneten Prof. Rothe der Bürgermeister Dr. Gerhardt die äußerste Vereinfachung des neuen Schulhauses in Aussicht gestellt hatte, unter folgenden Bedingungen: Die jährliche Miete wird von 1800 M. auf 2400 M. erhöht. Die bei Ablauf des Mietvertrages an die Gesellschaft zu zahlenden Wiederherstellungskosten von 1800 M. werden auf 2500 M. erhöht. Sollten die Räume schon früher, spätestens aber am 1. Febr. 1902 geräumt werden, so daß eine Vermietung derselben per 1. April 1902 noch möglich ist, so ermäßigt sich die Entschädigung um 500 M. auf 2000 M. Die Stadt ist während der Mietdauer zu einer Kündigung des Vertrages mit sechsmonatlicher Frist berechtigt. Die Stadt verpflichtet sich, auf dem ihr gehörigen, im Zuge der Wälowstraße liegenden bezw. bei Verlegung des Platzes P nach Norden zu verschickenden Grundstück ein Schulhaus zu erbauen und spätestens bis zum 1. April 1902 fertig zu stellen. — Die Verantwortung einer vom Genossen Obst eingebrachten Interpellation betr. die Aussetzung der Familie S. aus dem Armenhause durch die Feuerweh wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen zurückgestellt.

Gegen die Stadtgemeinde Charlottenburg ist, wie bekannt, eine größere Zahl von Entschädigungsprozessen wegen Durchbrechung von Ländereien infolge des Niesfeldbetriebes hinter Eyndam erhoben worden. Der Stadtgemeinde ist durch die Entscheidung des Kammergerichts die Verrechnung eines anderen Sachverständigen an Stelle des in der ersten Instanz gehörten abgelehnt worden. Bei der grundsätzlichen Bedeutung hat der Magistrat der „R. Z.“ zufolge beschlossen, die Revisionsinstanz zu beschreiten, um ein Urteil des Reichsgerichts herbeizuführen.

Der Charlottenburger Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung die von der Deputation für den städtischen Arbeitsnachweis vorgelegene Ausdehnung der Arbeitsvermittlung auf das Geschäft abgelehnt. Wickeley auch aus Furcht vor dem Zukunftsstaat.

Der Rentner und Stadtverordnete Karl Schürk in Charlottenburg ist gestern an den Folgen der Influenza gestorben.

Ein großes Feuer, bei dem leider vier Arbeiter lebensgefährlich verletzt wurden, kam gestern vormittag gegen 10 Uhr in der Fabrik von Moische u. Comp. in Charlottenburg, Gutenbergstraße 3 an der Englischenstraße zum Ausbruch. Das Luergebäude, in dessen viertem Stock das Feuer ausbrach, ist ein hüfelförmiger fünfstöckiger Massivbau, etwa 40 Meter langer und 10 Meter tiefer Bau, dessen Nordseite direkt an der Spree liegt. In dem Fabrikgebäude befinden sich die Dampfmaschinen von H. Lewinski, Dampf-Schneidmühlen, Holzbearbeitungs-Fabriken, Baustoffmüllereien usw. In der Schleiferei von R. Kolke u. Comp., die durch eiserne Säulen von den anderen Räumen getrennt ist, waren heute vier Personen, der Schleifmeister Matthes und die Arbeiter Klajie, Salewski und Stier beschäftigt. In einem Vorratssaal arbeiteten drei Personen und in einem Saal nach dem Hofe zu 80 Mädchen, die Schleiferei liegt nach der Spree. Dort wollte man Petroleum laden, das zum Bearbeiten von Nähmaschinenenteilen benutzt wird. Das Petroleum floß infolge von Unachtsamkeit über und entzündete sich an einer brennenden Gasflamme unter dem Kochapparat. Sofort stand die Schleiferei, ein großer Saal, in Flammen. Den vier hier tätigen Personen war durch die Flammen und weil bis auf eine Thür alle anderen Ausgänge durch Schränke verstellt waren, der Ausweg nach der Treppe versperrt. Die vier Arbeiter stürzten entsetzt um Hilfe. Die Mädchen und die meisten Arbeiter stürzten die Treppen hinab ins Freie. Matthes bahnte sich durch die Flammen einen Weg, stürzte aber schon auf der Treppe an ganzen Körper brennend ohnmächtig zusammen. Stier war schon vorher ins Freie gelangt. Er hatte ebenfalls schwere Brandwunden erlitten. Klajie und

Salewski standen am Fenster und versuchten an der Dachrinne, die am Hause herunterfließt, herabzuklettern. Salewski war bis zum dritten Stock gekommen, als Klajie, der folgte, herabstürzte und Salewski mit sich forttrieb. Beide stürzten auf einen großen Holstapfen und erlitten schwere innere Verletzungen. Salewski ist der Sohn eines neben der Fabrik wohnenden Wäckermeisters. Herzergreifend war der Jammer der Wäcker, als man ihn den Sohn ins Haus brachte. Alle vier Schwerverletzten wurden nach der Unfallstation 4 in der Hensburgerstraße und dann nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht.

Es wird noch ein fünfter Arbeiter vermißt, von dem man glaubt, daß er verbrannt ist. Das Feuer konnte erst nach mehreren Stunden gelöscht werden. Von den verletzten Arbeitern sind Salewski und Stier unverheiratet und im Alter von 20 Jahren, Klajie ist 26 und Matthes 36 Jahre alt. Dieser ist am schwersten verletzt. Seine Familie ist über das Unglück ganz mittellos.

Für Radler freigegeben ist jetzt auch der Fußgängerstreifen der Potsdamer (Provinzial-)Chaussee rechts von Berlin zwischen Sieglitz und Baunsee. Jedoch darf der Streifen nicht innerhalb der Ortskanten und auch dort nicht befahren werden, wo Materialien auf der Straße lagern.

Im ganzen unteren Havelgebiet, im haveländischen Luch, sowie im Havel- und Dosseluch werden gegenwärtig von technischen Beamten im Auftrage der künftigen Regierung sehr eingehende Nivellementsarbeiten ausgeführt, die als Unterlagen dienen sollen für den Entwurf von Projekten zur Regulierung dieser Stromgebiete. Zeit wird es auch.

Gerichts-Beilage.

Der Vertrauensmann für Moabit, Genosse Pfarr, hatte sich genötigt gesehen, gegen den Maurer Wilhelm Kunow die Geldstrafe zu erheben, weil dieser in einer Gastwirtschaft behauptet hatte, Pfarr wäre Polizeispitzel, und sich geweigert hatte, vor der zur Untersuchung der Angelegenheit zusammengetretenen Kommission von Genossen Rede zu stehen. In der Verhandlung, die am 23. vor der Privatlage-Abteilung des Amtsgerichts I stattfand, gab Kunow die Erklärung ab, daß er bedauernd, aus Mißverständnissen den Genossen Pfarr beschuldigt zu haben, der Polizei Dienste zu leisten, nahm diese Behauptung als unbegründet zurück und versprach, sie nicht wieder aufzustellen. Er verpflichtete sich, die Erklärung zweimal im „Vorwärts“ und im „Grundstein“ zu publizieren und die Kosten zu tragen. Auf Jureden seines Anwalts Wolfgang Heine begnügte sich Genosse Pfarr mit dieser Erklärung und nahm die Klage zurück.

Eine sächsische Ordnungsbank geborsten. Aus Dresden wird berichtet: Es dürfte erinnert sein, daß im Mai d. J. der Schatzmeister des Königl. Albert-Vereins, Kommerzienrat Hoppe hierseits, plötzlich verstorben wurde. Die Verhaftung erregte um so größeres Aufsehen, da sie nicht nur einen königlichen Kommerzienrat und Ritter hoher Orden betraf, sondern auch einen Mann, der das höchste Vertrauen am höchsten königlichen Hofe, sowie in allen Gesellschaftskreisen genoss, und der außerdem zu den reichsten Reuten Dresdens zählte. Welch weitgehendes Vertrauen Hoppe besaß, beweist schon der Umstand, daß ihm viele Jahre das Amt des Schatzmeisters des unter dem Protektorat des Königs und der Königin stehenden Königl. Albert-Vereins, eines großen Wohlthätigkeitsvereins, der die gesamte vornehme Welt des Königsreichs Sachsen zu Mitgliedern zählt, anvertraut war. Bei der letzten Kassensprüfung stellte sich heraus, daß 207 000 Mark fehlten, die der Kommerzienrat unterschlagen hatte. Er wurde gestern wegen Unterschlagung und leichtsinnigen Bankrotts zu 4 1/2 Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Drei Monate werden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

In Sachen v. Kriegshelm hat der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Morris auf neue einen Haftentlassungsantrag gestellt und zwar ohne eine Kaution anzubieten. Der Antrag wird damit begründet, daß die jetzt über 10 Monate währende Untersuchungshaft eine Ausdehnung angenommen hat, wie sie bisher noch nicht in der Kriminaljustiz vorgekommen sei, daß der Staatsanwalt selbst inzwischen eine Reihe von Anklagepunkten habe fallen lassen und daß eine allseitige Bestrafung keineswegs in einer solchen Höhe erfolgen dürfte, daß ein Rückverdict begründet sei. Sämtliche Geschäfts- und Schriftstücke, die bei von Kriegshelm beschlagnahmt wurden, sind jetzt einem zweiten Richterrevizor zur Prüfung überwiegen worden; es ist eine so zeitraubende Arbeit, daß von der Ansetzung eines Termins zur Hauptverhandlung vorläufig noch nicht die Rede sein kann. Ein Verdict auf den Haftentlassungsantrag des Verteidigers steht noch aus.

Milde Bestrafung einer Hausbesitzerin. Um sich eines unbegrenzten Mieters zu entledigen, hat der Eigentümer Karl Weigelt zu einem Akt der Selbsthilfe gegriffen, der ihn gestern unter der Auflage der verurteilten Nöthigung vor die rechte Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte ist Besitzer des Hauses Schwanenstraße 7. In seinen Mietern gehörten die Witwe Gronau und ihre erwachsene Tochter. Es haperte mit der Mietzahlung und als am 1. Juni überhaupt keine Zahlung erfolgte, kündigte der Angeklagte die Wohnung zum 1. Juli. Er sah ein, daß für den laufenden Monat auf Miethen nicht zu rechnen war. Am 17. Juni erschien der Angeklagte mit zwei Arbeitern in der Wohnung der Witwe Gronau und hängte kurzer Hand die Thür und Fenster aus. Er entfernte sogar die Ringe von der Kochmaschine, so daß die Bewohnerinnen nicht locken konnten. Die letzteren eilten zur Polizei und baten um Schutz. Es wurde dem Angeklagten bedeutet, daß er etwas Unrechtes begangen habe, worauf er die Wohnung wieder in einen bewohnbaren Zustand setzte. Da es somit bei dem Versuch geblieben war, die Mieter zwangsweise zu entfernen, so beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 20 M. Der Gerichtshof erklärte nach diesem Antrage.

In der Strafsache gegen den Bankier Arendt und den Kaufmann Levy ist nunmehr auf den Antrag der Verteidiger — Justizrat Gordon für Arendt und Rechtsanwalt Brooker für Levy — die Haftentlassung beider Angeklagten aus der Untersuchungshaft ohne Kaution angeordnet worden.

Vermischtes.

Die Weichselwindelaffäre in Leipzig. In der Hälberaffäre Keuer u. Co. werden noch folgende Details bekannt: Die Schwindelacten datieren keineswegs erst aus jüngster Zeit, sondern sind — wie der bisherige Stand der Untersuchung ergeben hat — seit Jahren betrieben worden. Keuer hatte laut Gesellschaftsvertrag ein Einkommen von etwa 10 000 bis 12 000 M.; sein jährlicher Aufwand belief sich jedoch auf über 40 000 M. Keuer liebte schöne Frauen, und diese scheinen den Grund zu seinem Ruin gelegt zu haben. So kaufte er einer seiner Damen im vorigen Jahre für eine herrliche Summe die prunkvolle Villa des ehemaligen Konsuls Müller, welche er dann später selbst bezog. Auch dem Sport und Spiel ludigte er in reichstem Maße. Die Höhe der Weichselwindelacten Keuers übersteigt, wie bereits gemeldet, die Summe von 600 000 M. Der Zusammenbruch der einen europäischen Auf geniehenden Firma Keuer u. Co. ist damit besiegelt. Die geschädigten Leipziger und Dresdener Bankier haben bereits den Antrag auf Konkursöffnung eingebracht. Inzwischen ist die Verhaftung eines weiteren Weichselwindelacten, der auf Veranlassung Keuers die falschen Wäcker geführt und kurz vor Verhaftung der Angeklagten helleite geschäft haben soll, auch ein in Hypothekensachen diegenannter Baunternehmer scheint in die Affäre verwickelt zu sein. Derselbe ist flüchtig, verzeiht, eine ungeheure Schuldenlast als unmündigen Vollst. hinter sich lassend.

Von einem granzhaften Vorfall wird aus Schmiedefeld berichtet. Dort wurde die Wohnung des Maurers Winter

polizeilich geöffnet, da trotz langen Klopfens an der Wohnstube niemand von der Familie sich zeigte. Der Mörder, der sich beim Durchsuchen des Hauses darbot, war ausgiebig. Im Bett lag die Ehefrau Winter, sie war mit einem leichten Halsband erstickt. Auf dem Oberboden fand man die beiden Kinder von 1 bis 5 Jahren ebenfalls tot mit zerhacktem Schädel. In einer Ecke des Bodens hatte der Vater sich selbst erhängt. Ob Winter der Mörder seiner Familie ist, oder ob seine Ehefrau das furchtbare Unheil angerichtet und Winter dann aus Verzweiflung Hand an sich gelegt hat, wird wohl nie zu ermitteln sein.

In dem Unglücksfall im Hamburger Winter-Velodrom werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Müller-Redsch führten Köcher am Sonnabend beim Abendtraining in gutem Tempo, als der Hinterreifen des Motorantriebs defekt wurde. Der Unfall passierte in der Geraden kurz vor der Kurve. Müller lenkte die defekte Maschine die Kurve hinauf, wobei dieselbe umstürzte und beide Fahrer herabgeschleudert wurden. Während Redsch ohne Verletzungen davonkam, schlug Müller so heftig mit dem Hinterkopf gegen den Cementbelag der Bahn, daß er einen schweren Schädelbruch davontrug. Der Verletzte wurde nach einem Krankenhause transportiert und verstarb in demselben am Sonntagvormittag 10 Uhr. Die Leiche wurde von Redsch, nachdem sie von der Behörde freigegeben war, nach Charlottenburg, dem Wohnort der Eltern, gebracht, um hier beerdigt zu werden. Köcher wurde der Tod seines Schrittmachers verheimlicht, da er am Sonntagvormittag im Winter-Velodrom in einem dreißig Kilometerfahren starten sollte und man annahm, daß er durch den traurigen Zwischenfall dem Start fernbleiben würde. So nahm Köcher an dem Rennen teil und blieb auch siegreich vor Pfahler und Kobl, war aber dann sehr ungeduldig, als er die Wahrheit erfuhr, und reiste sofort nach Berlin zurück.

Ein für die südrussischen Bauernsitte charakteristischer Vorfall wird aus Arow berichtet. In einem Dorfe des gleichnamigen Gouvernements wurden kürzlich drei Pferdediebe, Zigeuner, auf frischer That erwischt und vor ein Hochgericht gestellt, das jedoch in diesem Falle einen weniger günstigen Verlauf nahm als sonst, wenn die russischen Bauern über Pferdediebe das Gericht halten. Man sperre zunächst die Zigeuner die Nacht über in einen Schweinestall, holte sie dann am anderen Morgen heraus und federte den Hauptdieb, indem man ihn mit Honig bestreicht und mit Federn bestreute. Die beiden andern wurden geteert, und so spannte man das Trio vor einen leichten Wagen, band das geflohene Pferd hinten an und der Bestohlene fuhr unter dem Jubel und Hohnschreien von Alt und Jung durch das Dorf, worauf man die Armen laufen ließ.

Versammlungen.

Der Verein der Zimmerer hielt am 22. Oktober seine vierte diesjährige Generalversammlung ab, welche sich mit dem Jahresbericht, der Abrechnung vom dritten Quartal, der Neuwahl des Vorstandes sowie Vertreterschaft über den Arbeitsnachweis und der Rechtskommission beschäftigte. Zu seinem Jahresbericht legte der Vorsitzende die in den Jahrestellen aufgenommene Statistik vor. Nach den Ermittlungen konnten 95 Proz. die Matricula von 1896, 44 Proz. von 1897, 55 Proz. von 1899 aufweisen 83 Proz. hatten ihre Klebearten in Ordnung, 42 Proz. sind Abonnenten des „Vorwärts“ und 21 Proz. der Mitglieder sind politisch organisiert. — Die Abrechnung ergab eine Einnahme im III. Quartal von 2831,00 M., Bestand vom II. Quartal 8261,00 M., Ausgabe im III. Quartal 1781,75 M., bleibt Bestand 9311,15 M. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt, wurde der Kassierer entlastet. Der neugewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Vorsitzender, W. Gieschke, 19. erster, W. Hinge, 2. zweiter Vorsitzender, J. Mehan, 3. erster, G. H. Haase, 4. zweiter Schriftführer, Gottlieb Wegner, 5. erster, O. Berlin, 6. zweiter Kassierer, G. Bauer, 7. erster, R. Schult, 8. Revisoren, E. Obst, 9. erster, R. Meier, 10. Revisoren, R. Heine, 11. erster, O. Bodenbusch, 12. zweiter. Ein dringlicher Antrag, den freireisenden Töpfern 2000 M. leihweise zur Verfügung zu stellen, wurde einstimmig angenommen. Hieran erstattete Hinger Bericht über die Funktion des Arbeitsnachweises. Derselbe wurde seit seiner Gründung am 14. Juni d. J. bis 21. Oktober von 550 Personen benutzt. Augenblicklich sind 27 Arbeitslose gemeldet. Für die Tätigkeit der Rechtskommission erstattet Ernst Obst Bericht. Es wurde in der Zeit vom 6. März 1898 bis dato 26 Mitgliedern in Unfallsachen der Rechtskommission zu teil. Nach einem Appell an die Mitglieder, kräftig für die Organisation einzutreten, wurde mit einem dreifachen Hoch auf den Verein die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

123. Der heutige Kaiser besteht als Kaiser kein Gehalt, sondern nur als König von Preußen, und zwar 15 719 296 M. jährlich.

124. Der Abonnementverein von Dienstverrichteten, Mohrenstraße 40, verleiht Dienstboten gegen einen Jahresbeitrag von 5 M.

125. Schöneberg. In Custodialhöfen werden Kinder von Artisten schon in möglichst frühem Alter (von 6—8 Jahren) herangebildet. Man wird sich im Voraus weihen können; ob die Ausbildung unentgeltlich geschieht, wissen wir nicht. Hoffentlich geben Sie Ihre Kinder nicht zu diesem anstößigen Beruf her.

126. Ueber derartige Institute sind vielfach Klagen laut geworden, so daß wir es nicht verantworten können, Ihnen im Briefkasten ein solches zu empfehlen.

127. G. S. Wenden Sie sich an Herrn Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, Brückenallee 33, NW.

128. R. N. 10. Sie thun wohl am besten, sich an eine große Lebensversicherung zu wenden, doch wird auch hier die Witwenversicherung nicht billig zu haben kommen.

129. Alth, Charlottenburg. Wir haben keine Kenntnis von der Existenz der genannten Kasse.

130. Baumhäuser. Es wird jetzt nicht mehr möglich sein, von der Verhandlung etwas zu bringen. In künftigen Hüllen wollen Sie und vorher benachrichtigen.

131. G. S. 13. Leider ist im Gebiete der hier geltenden Gesetzbearbeitung die Ordnungsberechtigt, den Dienstboten zu erlassen, wenn er durch schwere Krankheit zur Fortsetzung des Dienstes unermügend wird. Krankentafeln, Versicherungsanstalt besteht für Dienstboten nicht. Für Krankentafeln braucht die Herrschaft nur zu sorgen, wenn die Krankheit durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben zugezogen ist. Vom 1. Januar ab wird die Rechtslage eine etwas bessere.

132. G. S. 57. 1. Es kann der wirkliche Wert des Schadens abgezogen werden. 2. Leider ist die Klage das Gewerbegericht, sondern das Amtsgericht ist für Klagen des Geschäftsbereichs. 4. Wegen der Ankerung kann Klage erhoben werden. Sprechen Sie wegen Aufstellung der Besetzungsbefugnisse eventuell in der Spruchkammer vor. Klagen wählen in Ihrem Fall der Vater oder der Vormund des Minderjährigen. — R. N. 31. Die Statuten der beiden Kassen sind uns nicht bekannt. Bestimmen dafür, welcher Kasse Sie beizutreten haben, ist der Betrieb. Nach dem mit vorliegenden Magistratsbescheid sind die Leistungen der beiden Kassen die gleichen.

133. Die Besetzungsbefugnisse soll ein auf laufende Unterstufung gerichteter Gehalt an die Armenkommission richten und sich an der Armenkommission bestimmen.

134. G. S. 13. G. S. 100. — R. N. 3. 100. 1. Ja. 2. Beide. — G. S. 6. Sie können auch dann nachzahlen, es kostet dann etwa eine Mark wöchentl. Die Beiten der Untermeister sind nicht pünktlich. — R. N. 1876. Können Sie sich vom Gewerbegericht Abstand des Urteils erziehen. Soweit rechtlich, sind Sie mit Recht wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts abgewiesen. Sprechen Sie eventuell mit dem Urteil in der Spruchkammer vor oder wenden Sie sich direkt an einen Rechtsanwalt. Ihren Wunsch, daß wir für Sie einen Anwalt befehlen, können wir nicht erfüllen. Gegen das Gewerbegerichts-Urteil müßte innerhalb eines Monats Berufung eingelegt werden. — R. N. 31. 1. Nein. 2. Ja. 3. Durch 1. im vornehmenden Sinn erzieht. Der sozialdemokratische Antrag, die Dienstboten einer Rechts-Verantwortung zu unterwerfen, ist wiederholt abgelehnt, wird aber wiederholt. — R. N. 100. Das Sterbegebet verfährt der Stadt. Die Orden können aber bei der Armenkommission den Antrag stellen, es ihnen zu belassen. — R. N. 3. — G. S. Im Briefkasten kann nicht eine mehrteilige ältere Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abgedruckt werden. —

Marktpreise von Berlin am 23. Oktober 1899

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil. Columns include item name, quantity, and price.

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Notierungshalle - und ungeschneidelt vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 24. Oktober. Am Frühmarkt zog Weizen 0,75 M. Roggen 0,50 M. an; mittags wurden beide Brotartikel etwa eine Part höher bezahlt.

Mittwochsüberblick vom 24. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Table showing weather forecasts for various stations including Berlin, Potsdam, and other locations. Columns include station name, weather conditions, and temperature.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. Oktober 1899. Etwas kühler, teilweise heiter, vielfach wolkig mit Regenschauern und leichten nordwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Central-Theater, Friedrich-Wilhelms-Theater, Thalia-Theater, Victoria-Theater, Apollo-Theater, Frau Luna, Cäcille Carola, The Gothams, W. Noacks Theater, Der Hüttenbesitzer.

Central-Theater

Die Grisha. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag: Die Fiedermans von Johann Strauß.

Friedrich-Wilhelms-Theater

Ein gesunder Junge oder: Dufel Cohn. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater

Der Plagmajor. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Theater

Es ist erreicht. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater

Frau Luna. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Frau Luna

Cäcille Carola. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

The Gothams

„Grigolatis“. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater

Der Hüttenbesitzer. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Urania

Taubenstrasse 45/49. Abends 8 Uhr: Prof. Dr. Fritsch: Transvaal.

Passage-Theater

Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr. Anatomisch. Museum.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Die heulenden und lauzenden Derwische! aus Ober-Aegypten!

Sanssouci

Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Heute zum 4. Male: Die Ahnungslöwen.

Maehrs Theater

großartige Oktober-Programm. Elsa Messer, Rosina - Soubrette.

Alcazar-Theater

Variété 1. Ranges. Auftreten von abjunkt erklaffigen Specialitäten.

Cirkus Busch

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Solide Equitisten.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass meine liebe Frau Auguste Schenk geb. Boldt am 24. Oktober plötzlich im Herzschlag gestorben ist.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass meine liebe Frau Emilie Hofstädt, geb. Dobe, am Sonntag, den 22. d. Mts. gestorben ist.

Ber-Stoff-hat fertige Anzug, 20 M., halbe Anzug, zwei Anproben, feinste Webarbeit.

Polyphon Selbstspielende Musikwerke zum Preise von 20 Mk. aufwärts liefern gegen Monatsraten.

Hans Kayser Göllicher Bahnhof, Plan 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben. Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reinkleider.

Musikwerke. Große Auswahl in Klav., Zitr., u. Schlag-Instrumenten.

MAGGI zum Würzen der Suppen, - wenige Tropfen genügen.

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden.

Haben Sie denn schon! Carola-Kaffee. getrunken? 1 Theelöffel genügt vollständig.

Möbel auf Kredit! und ganze Wohnungs-Einrichtungen bei beschuldener Anzahlung.

Haben Sie denn schon! Carola-Kaffee. getrunken? 1 Theelöffel genügt vollständig.

Waschmittel der Welt ist Dr. Thompson's Seifenpulver. Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier! Oswald Nier's Ungepöste!

Naturweine aus Weintrauben v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/2, 1/4 u. 1/8 L.

16. Kommunalwahl-Bezirk

Kommunalwähler-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Der bevorstehenden Kommunalwahlen.

38. Kommunalwahl-Bezirk

Kommunalwähler-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Der die Arbeiterkassen in einer Vertretung in den städtischen Verwaltungskörpern.

Maurer!

7 gr. Maurer-Versammlungen. Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 1. Werden auf den Bauten die Vertragsbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Bauarbeiten.

Große öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Direktors Archenhold von der Turmtower Sternwarte über: „Drei-Fachendung“.

Möbel auf Kredit! und ganze Wohnungs-Einrichtungen bei beschuldener Anzahlung.

Haben Sie denn schon! Carola-Kaffee. getrunken? 1 Theelöffel genügt vollständig.

Möbel auf Kredit! und ganze Wohnungs-Einrichtungen bei beschuldener Anzahlung.

Haben Sie denn schon! Carola-Kaffee. getrunken? 1 Theelöffel genügt vollständig.

Haben Sie denn schon! Carola-Kaffee. getrunken? 1 Theelöffel genügt vollständig.

Möbel auf Kredit! und ganze Wohnungs-Einrichtungen bei beschuldener Anzahlung.

Haben Sie denn schon! Carola-Kaffee. getrunken? 1 Theelöffel genügt vollständig.

Möbel auf Kredit! und ganze Wohnungs-Einrichtungen bei beschuldener Anzahlung.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich. Zahnarzt **W. J. J. J.** jetzt **Leipzigerstr. 130.** Vollkomm. Schmerzlos. Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [b] **Buchenholz und Eichen-Abfallholz** als Ersatz für besserer Kohlen. Zu den billigsten Preisen liefert **W. J. J. J.** **W. J. J. J.** **W. J. J. J.**

Teilzahlung monatlich 10 Mk. liefert elegante Herrengarderobe u. Maß, Temporowski, Schneiderstr. 16, II, an der Annenstr. (Kauf bar Kassa billige Preise.) * **B. Günzel, Lothringerstr. 52.** Spezialität: Vorwärts! (Kauf bar Kassa billige Preise.) * **W. J. J. J.** **W. J. J. J.** **W. J. J. J.**

Achtung, Vereine! Saal frei! 2014! Sonntags für Januar u. Februar. **Qualität Garten, Alexanderstr. 27c.** **B. Günzel, Lothringerstr. 52.** Spezialität: Vorwärts! (Kauf bar Kassa billige Preise.) * **W. J. J. J.** **W. J. J. J.** **W. J. J. J.**

Alhambra Walltheater-Strasse 15 An Vereine zu vergeben sind im Dezember folgende Sonntage: 2., 16. und 23. **A. Zameit.** Billigste Reparatur-Werkstatt für Uhren und Goldwaren, **Emil Günther, Uhrmacher, 16. Reppelstraße 16.** 27/332*

Wer Stoff hat fertige Hing für 20 Mk. Winterpaletot nach Maß 36 Mk. Hing nach Maß 30 Mk. 3806 **Karslein, Blicherstr. 11 II.**

4. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 24. Oktober 1909, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt. (Eine Gewähr.)

50 509 615 42 700 64 959	1005 332 99 608 711 04	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2099 99 177 901 83 899 456 706 66 98 989 (300)	8110 25 61 53 606 64 95 616 29 742 (3000) 929 4319 9 929	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 63 (1000) 377 654 783 951	5219 10 40 887 647	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14	18173 (3000)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
273 847 98 407 24 62 675 743 961 904 16	14080 315 85	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
40 58 817 55 15012 120 59 812 87 479 (5000) 506 713	802 981 16011 167 256 97 420 (1000) 747 866 995 17094	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
757 290 91 (1000) 96 811	494 65 69 81 506 640 809 64	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
30000 92 19 6044 54 210 433 83 585 688 43 03 788 81	989 7901 428 58 523 42 93 8005 96 285 302 0180 (300)	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
518 584 64 (300) 800 92	10848 68 686 789 982	120000 442 621 23 27 37 85	115308 414 901 110124 43
2827 12103 59 300 773 834 901 14			